contraste
zeitungfürselbstorganisation

400 | 35. JAHRGANG | JANUAR 2018 | 4'50 EUR | www.contraste.org

NACHRICHTEN Die venezolanische Kooperative »8.März« braucht Ersatzteile für ihre Nudelmaschine. 3

PROJEKTE Der Tausch-, Leih- und Schenkladen in Eberswalde liegt zentral und wird viel genutzt. 4

BEWEGUNG Revolution ist ein Prozess, findet die Brasilianische Landlosenbewegung. 7

BIOTONNE Keine leichte Aufgabe ist es, biologische Landwirtschaft im Kapitalismus zu betreiben. 13

KUNST & KULTUR Als Expertinnen durch Erfahrung können Frauen aktiv dafür sorgen, dass sich ihre Lebenssituation und die anderer verbessert. 14

6. GRIECHENLANDSOLIDARITÄTSREISE

▲ Transparentaktion zur »Wir haben es satt«-Demo 2015. Ein kurzer Moment der Hoffnung auf ein Ende des Spardiktats entstand mit der Wahl von Syriza. Foto: Ulrike Kumpe

Griechische Initiativen kämpfen weiter

Auch im neunten Jahr der Krise befindet sich die griechische Gesellschaft in einem tiefen Schockzustand. Das Spardiktat der internationalen Troika und die politische Kehrtwende Syrizas halten die Menschen in einem dauerhaften Ausnahmezustand, der nach und nach dem Alltag gewichen ist. Doch ein intensiver politischer Klärungsprozess innerhalb der linken Bewegung hat begonnen und lässt einige hoffen.

BJÖRN TVÄTT, BERLIN

Noch 2015 schien ein neues Kapitel europäischer Politik möglich. Der Wahlerfolg der einstmals als linksradikale Partei angetretenen Syriza fand europaweit euphorischen Widerhall. Von Athen über Madrid, Dublin, ja selbst bis nach Berlin schien ein Ende der neoliberalen Spardiktate und der Vorherrschaft deutscher Austeritätspolitik greifbar. Diese Träume fanden mit der Zustimmung der griechischen Regierung zu den kommenden Memoranden ein jähes Ende.

Die Kapitulation der griechischen Regierung war eine Niederlage – nicht allein für die griechische Linke, sondern auch für die antikapitalistischen Kräfte in Deutschland. Unter der Parole »Change Greece – Change Europe – Chance 4 All!« hatten auch wir (von der Linkspartei bis in die radikale Linke) nach der Wahl von Syriza gehofft, der griechischen Bevölkerung möge es gelingen, aus dem Teufelskreis immer neuer Spardiktate auszubrechen.

Diese Hoffnung wurde mit der Unterzeichnung des neuen Memorandums durch die Regierung Tsipras zu Grabe getragen. Die griechische Regierung war innerhalb der Europäischen Union isoliert geblieben und auch die hiesige Linke hatte keine nennenswerte Unterstützung herstellen können. Der Impuls für ein Zurückdrängen der Spar- und Kahlschlagpolitik ist ausgeblieben. Die Kräfteverhältnisse in Europa als auch innerhalb Deutschlands wurden zementiert; die politische Stimmung hat sich weiter nach rechts verschoben.

Seither fehlt es auch der außerparlamentarischen und radikalen Linken an einem gemeinsamen Bezugsrahmen. Die verschiedenen sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfe finden meist isoliert statt und können keine gesamtgesellschaftliche Wirkung entfalten. Dies ermöglicht dem (internationalen) Kapital, die Privatisierungen und Ausbeutung der griechischen Gesellschaft immer weiter voranzutreiben. Und zwingt die griechische Bevölkerung, sich im Schock einzurichten und ums Überleben zu kämpfen.

Und dennoch konnte der Widerstand, trotz der widrigen Kräfteverhältnisse, bisher nicht gebrochen werden. Viele kleine basisgewerkschaftliche Initiativen und Stadtteilversammlungen, die wir im Rahmen der sechsten gewerkschaftlichen Solidaritätsreise gegen Spardiktat und Nationalismus im September 2017 besuchten, konnten auch von Erfolgen berichten. Beispielsweise konnten im Herbst beinahe 90 Prozent der gerichtlich angesetzten Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen verhindert werden und auch der Kampf gegen die Privatisierung der Wasserwerke von Thessaloniki und Athen lässt auf einen Sieg hoffen.

In verschiedenen Beiträgen berichten wir im Schwerpunkt über den Kampf gegen die fortschreitenden Privatisierungen am Beispiel des Fraport-Deals – dem Verkauf von 14 lukrativen regionalen und internationalen griechischen Flughäfen. Ebenso darstellen wollen wir den aktuellen Stand der international bekannten Proteste gegen den voranschreitenden Goldbergbau im Norden der Halbinsel Chalkidiki. Außerdem widmen wir uns Initiativen gegen den neoliberalen Umbau der Städte. Stadtteilversammlungen in den Athener Bezirken Perama und Nea Philadelfia, die landesweiten Initiativen gegen Zwangsversteigerungen und die Initiative gegen die Luxusbebauung des ehemaligen Flughafens Ellinikó zeichnen ein vielfältiges Bild des Kampfes um ein Recht auf Stadt.

DIEM25 TRITT ZUR EUROPAWAHL 2019 AN

Nur eine Partei?

Im Mai 2019 will die 2016 in Berlin gegründete »Bewegung Demokratie in Europa 2025« (DiEM25) als paneuropäische Partei zur Europawahl antreten. Am 6.Januar kündigten sie in ihrem Jahresrückblick 2017 und der Vorschau auf 2018 dieses Vorhaben an. Dabei wollen sie »nicht einfach eine andere Partei« werden.

ULRIKE KUMPE, BERLIN

DiEM25 ist angetreten als Bewegung zur Demokratisierung Europas. Eine These, die sie in ihrem Manifest darlegen ist: »Wir halten das Modell der nationalen Parteien, die auf der Ebene des Europäischen Parlaments fadenscheinige Bündnisse eingehen, für überholt.« Das dürfte einer der Gründe sein, dass nicht alle Mitglieder von DiEM25 den Wahlgang mitvollziehen. DiEM25s eigenen Angaben zufolge lag die Wahlbeteiligung bei rund 72 Prozent aller Mitglieder, die ihrerseits größtenteils für eine Teilnahme an der Europawahl stimmten.

Eine weiteres Ergebnis ihrer internen Debatte ist, dass DiEM25 lediglich einen Wahlflügel bekommen soll. Den Mitgliedern von DiEM25 sei freigestellt, sich daran zu beteiligen. Man wolle, dass der »Wahlflügel« in seinen Entscheidungen der Bewegung weiterhin unterordnet bleibe. Damit folgten die Mitglieder dem Vorschlag des Koordinierungskollektivs,: »dass DiEM25 sich nicht in eine (politische) Partei wandeln wird, sondern einen »Wahlflügel« als Teil ihrer vielen Initiativen und Instrumente aufstellen wird; eine wahre transnationale Parteiorganisation in so vielen europäischen Ländern wie möglich. Diese Organisationen wären nicht unabhängig, sondern an die bewegungsinternen Entscheidungen gebunden.« Darüber hinaus sollen die einzelnen nationalen Wahlmanifeste mit allen anderen Mitgliedern abgestimmt werden.

Inhaltlich bleiben sie bei ihren Forderungen nach mehr Demokratie in den Gremien der Europäischen Union und der Forderung nach einem europäischen »New Deal«. Dieser war in den USA in den 1930er Jahren unter Präsident Roosevelt politisches Instrument zur Restaurierung der US-amerikanischen Wirtschaft. Das wirtschaftspolitische Paket beinhaltete Hilfe für die Armen, große Investitionen und die Einführung der Sozialversicherung. Diesen »New Deal« fordert DiEM25 zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise.

Angetreten ist DiEM25 ursprünglich nicht zu Wahlen, sondern zur Entwicklung einer europäischen Verfassung von unten bis 2025, um die intransparente und von Interessen der Nationalstaaten geleitete europäische Politik zu beenden. Mit seinen bislang 70.000 Mitgliedern macht DiEM25 allerdings nur einen Bruchteil der 400 Millionen europäischen Wahlberechtigten aus.

Infos unter: https://diem25.org/

INHALTSANGABE

NACHRICHTEN SEITE 3
VERLAGE GEGEN RECHTS
KOOPERATIVE »8.MÄRZ«
MELDUNGEN

PROJEKTE SEITE 4
TAUSCHLADEN EBERSWALDE
NETZWERK

PROJEKTE SEITE 5
SAATGUTPROJEKT: KEIMZELLE
LONGO MAÏ HOF STOPAR

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 6
FRAUENDORF JINWAR

BEWEGUNG SEITE 7
BRASILIANISCHE LANDLOSENBEWEGUNG

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
BILDREPORTAGE: BLAUES LICHT
REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE

SCHWERPUNKT SEITE 9
INTERVIEW: VIO.ME

SEITE 10
NACHBARSCHAFTSINITIATIVE PERAMA
OFFENE VERSAMMLUNG NEA PHILADELFIA

SEITE 11
KAMPF GEGEN GOLDABBAU
RECHT AUF WOHNEN

SEITE 12
EHEMALIGER FLUGHAFEN ELLINIKÓ
FRAPORT

BIOTONNE SEITE 13
BIOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT
MAHNWACHE VOR AKW-GRUNDMEMMINGEN

KUNST&KULTUR SEITE 14
WIE FLÜCHTLINGSFRAUEN
SICH SELBST ORGANISIEREN

REZENSIONEN SEITE 15
LASST SIE NICHT ERTRINKEN!
NEUE ZEITSCHRIFT ZU URBAN GARDENING
URBAN GARDENING
DEN BODEN RETTEN?
KLASSEN- UND IDENTITÄTSPOLITIK

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder PDF) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Elne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99
Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

CONTRASTE-WINTERPLENUM

▲ **Diskussionen zur neuen Webseite füllten auf dem Contraste-Plenum die Pinnwand.** Foto: Contraste

Homepage Ahoi

ARIANE DETTLOFF UND HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Ein bisschen Schnee, ein bisschen Glätte, aber ein gemütliches warmes Contraste-Büro erwarteten sieben Redakteur*innen zum Winterplenum in Kassel. Teilnehmende aus Graz, Berlin, Sprockhövel, Köln und natürlich aus Kassel schauten meist zufrieden auf die letzten Monate zurück. Einmal wegen der inhaltlich und gestalterisch gelungenen Ausgaben, zum anderen wegen der zur Zeit recht entspannten finanziellen Situation. Ein leichter Abo-Zuwachs gegenüber dem Vorjahr trug dazu bei.

Unser Hauptthema war diesmal die Neugestaltung der Contraste-Homepage. Das Motto lautet wie bei der Umstellung auf unser neues Layout: Finden statt Suchen. Auch die Einstellung von Texten soll für uns Redakteur*innen vereinfacht werden. Wichtig ist uns ebenso die gestalterische Angleichung an die Printausgabe. Als ersten Schritt trugen wir die uns wichtigen Menüpunkte zusammen und verabredeten die weiteren Schritte. Beim Sommerplenum wollen wir uns dann auf ein inhaltliches wie gestalterisches Konzept einigen. Danach kann munter programmiert werden.

Wir einigten uns auf kommende Schwerpunkt-Themen: Projekte in Griechenland, Unfug Großprojekte, Care-Revolution, Linke Medienkollektive, Kooperation, Solidarity Cities, Marx und Genossenschaften, Ernährungssouveränität, 100 Jahre Novemberrevolution.

Ausführlich beschäftigte uns das knifflige Lektorat, das wir stets ehrenamtlich unter uns aufteilen. Es verschlingt ausgiebig Zeit, was weiterhin ein Problem ist. Und wir vertieften uns in die »Der Dativ ist dem Genitiv sein Feind«-Debatte: ob es nämlich »trotz ihres Wissens« heißen muss oder ob auch »trotz ihrem Wissen« geht. Brigitte schlug den Duden auf und verkündete hochzufrieden, dass in südlichen Gefilden auch der Dativ gilt. Und (Duden-Zitat): »immer, wenn ein Genitiv-Attribut zwischen »trotz« und das davon abhängige Substantiv tritt«, also zum Beispiel »trotz althergebrachtem Wissen«. Aha!

Unser Sommerplenum findet vom 6. bis 8. Juli in der Kommune Lossehof in Kaufungen bei Kassel statt, am Sonntag ist die Mitgliederversammlung des Contraste-Vereins. Ihr alle seid wie immer herzlich eingeladen teilzunehmen.

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2018

Freude im Neuen Jahr

Liebe Leser*innen,

das neue Jahr hat uns oder umgekehrt. Möge es für alle ein Gutes werden. In der schnöden Mammonwelt sorgt die US-Republikanische Partei mit einem neuen Steuergesetz dafür, dass die Reichen und Superreichen sich freuen können, besonders gute, sprich große Beute machen werden. Von 35 Prozent auf 21 Prozent sinkt die Unternehmenssteuer. In der deutschen Presse ist die Empörung groß, weil die Ungleichheit nun wachse. Als sie vor Jahren in Deutschland von Rot-Grün auf sehr niedrige 30 Prozent gesenkt wurde, war noch Beifall-Klatschen angesagt. Vielen Konzerne und vielen Millionären ist das allerdings noch viel zu viel an Steuern. Sie haben erfolgreich Wege gefunden oder erkauft, null Steuern zu zahlen. Was für eine Welt, die nicht einmal mehr Brotkrumen an die Armen geben will.

Was wünscht sich die bescheidene Contraste-Redaktion? Mehr Mitschreiber*innen und Multiplikator*innen, das wäre fein. Und mehr Mitglieder in der Redaktion, das wäre wunderbar. Wir haben alle Freude daran, authentisch und ohne Schere im Kopf unsere Non-Profit-Sichtweisen veröffentlichen zu können, die ehrenamtliche »Personaldecke« könnte aber gerne was dicker sein. Dass wir dies zur Zeit ohne finanzielle Bedrängnis des Contraste-Projektes tun können, dazu haben erfreulicherweise nun wieder etliche Spenden beigetragen. Die Aktion 2018 ist gut gestartet. 20,04 Prozent des ausgerufenen Spendenziels von 6.000 Euro sind bereits erreicht, also 1.202,50 Euro eingegangen (732,50 Euro im Dezember). Die Zeitungsseite neun dieser Ausgabe wurde wieder einmal über betterplace.org/p56276 finanziert. Wenn wir jeden Monat 500 Euro an Spenden bekämen, wäre der Drops bereits gelutscht.

Auch die Abo-Entwicklung bereitet Freude. Drei Abos wurden gezeichnet, eines davon in Graz. Eine gute Gelegenheit zu sagen, dass wir gerne in Österreich und in der Schweiz bekannter werden würden. Generell bieten wir im deutschsprachigem Raum die Möglichkeit, Gratisexemplare zum Auslegen zu bestellen. Greift nur zu. Darüber hinaus wurden vier sogenannte Knastabos geordert. Über freiabos.de können nämlich linke Zeitungen gespendet werden, eine bemerkenswerte Initiative. Ein Abo wurde in eine Fördermitgliedschaft umgewandelt, ein weiteres in ein Kollektivabo. Hinweis: Die Contraste kann auch als PDF-Ausgabe bestellt werden. Eine Kündigung eines Abos und die einer Fördermitgliedschaft erreichten uns.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte in den Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

L.C+M.L.	8,00
L.H.	20,00
Bernd Hüttner, Bremen	50,00
W.C.	4,50
K.G.	50,00
betterplace.org	250,00
Felix Duffwanger, Furtwangen	300,00
R.T.	50,00

Spendenticker Aktion 2018: Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **4797,50 Euro**

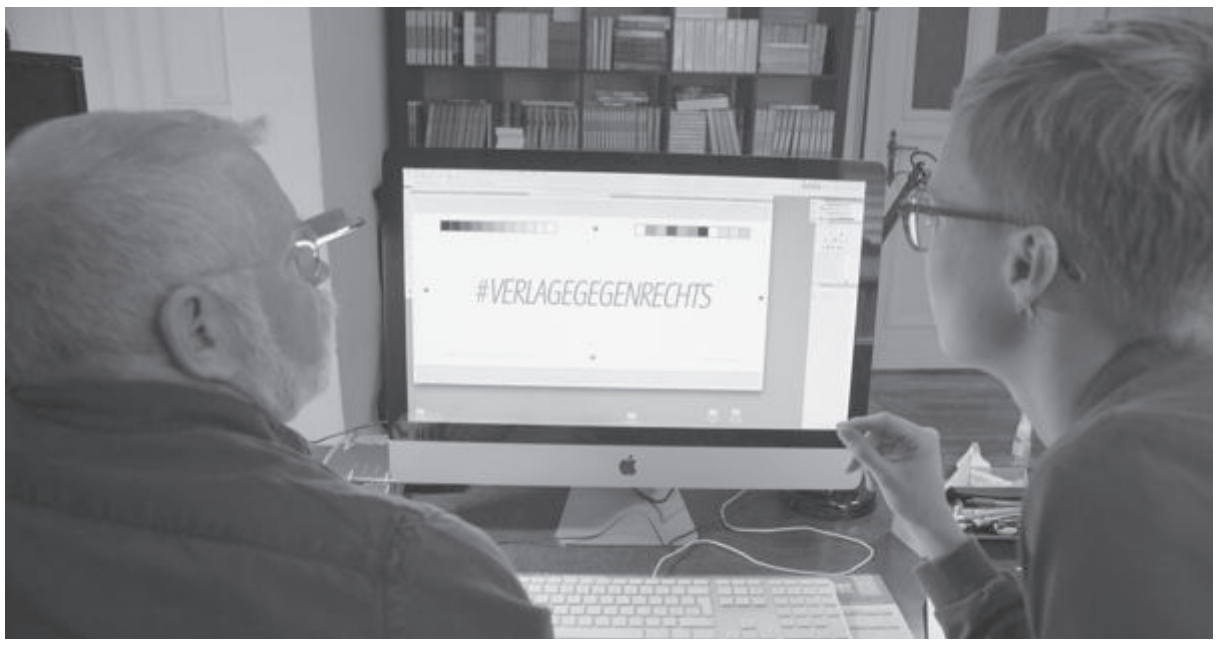
Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

#VERLAGEGEGENRECHTS STARTET CROWDFUNDING-KAMPAGNE

Sich nicht zum Schweigen bringen lassen

Linke Verlage starteten am 22. Dezember 2017 die Initiative #verlagegegenrechts. 45 Verlage und 100 Einzelpersonen und Institutionen unterzeichneten einen Aufruf gegen rechte Hetze auf der Leipziger Buchmesse 2018. Darüber hinaus rufen sie zur Beteiligung an ihrer Crowdfunding-Kampagne auf.

ULRIKE KUMPE, BERLIN



▲ Vorbereitungen auf die Leipziger Messe 2018: gegen rechte Verlage sichtbar sein. Foto: #verlagegegenrechts

»Wir nehmen die Präsenz völkischer, nationalistischer und antifeministischer Verlage nicht wort- und tatenlos hin. Und werden wie in den letzten Jahren Protest organisieren, wo immer wir auf sie treffen«, heißt es in ihrem Aufruf.

Das Hashtag #verlagegegenrechts nutzten sie, Lisa Mangold vom Argumentverlag und Mitinitiatorin zufolge, erstmals 2016 auf der Leipziger Messe. Mit einer Demonstration und Flashmobs protestierten während der Messe Besucher*innen und Aussteller*innen gegen die Präsenz des, besonders durch verschwörungstheoretische, völkische und antifeministische Inhalte auffallende, Compact-Magazins. 2017 wurde das Hashtag auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig weiter verwendet. Es kamen Buttons und Lesezeichen hinzu: »Wir wollen etwas in der Hand halten, um unseren Widerstand gegen rechte Hetze sichtbar zu machen. Auf der Leipziger Buchmesse wollen wir zeigen, dass die Buchbranche vielfältig ist und Lust am Streit für die richtigen Ideen hat«, so René Arnsburg, Mitinitiator der Kampagne. Bereits mit den Ereignissen auf der Frankfurter Buchmesse, auf der es zu Übergiffen aus dem Umfeld der rechten Verlage gekommen war, begannen die InitiatorInnen gezielt Verlage und Einzelpersonen anzusprechen, um die Initiative #verlagegegenrechts zu gründen.

Zur diesjährigen Buchmesse in Leipzig, die vom 15.-18. März stattfindet, wollen sie insgesamt präsenter sein. Um das zu ermöglichen, starteten sie im Dezember die Crowdfounding-Kampagne. Die benötigten Spenden belaufen sich auf 7.500 Euro.

Mit Lesezeichen, Buttons und Taschen, die das Hashtag #verlagegegenrechts tragen, will die Initiative auf der Messe und in der Stadt Leipzig sichtbar werden. Es sind zehn Diskussionsveranstaltungen während der Messetage unter dem Motto »Die Gedanken sind bunt« geplant, Referent*innen mit keinem oder geringem Einkommen soll über die Crowdfunding-Kampagne die Teilnahme ermöglicht werden.

Darüber hinaus ist geplant, Materialien zu produzieren, um über die Ideologie und Strukturen rechter Verlage aufzuklären. Lisa Mangold erklärt: »Uns geht es darum, zum Selbstdenken und Positionieren anzuregen. Und zu fragen, was sind das für Inhalte, die von den rechten Verlagen transportiert werden?«

Es gehe weniger um Aufklärung, als darum zu fragen, wann es wichtig sei, sich dagegen zu stellen. Lisa Mangolds größte Sorge ist es, dass sich der Kulturbetrieb zum Schweigen bringen lässt, anstatt aufzubegehren, wenn verschwörungstheoretische, völkische und antifeministische Inhalte verbreitet werden.

Ein Problem ist, dass die rechten Verlage und ihr Umfeld sich als Opfer stilisieren und mit dem Rückenwind der AfD-Wahlerfolge sich immer weiter gesellschaftlich etablieren. Schon auf der Frankfurter Buchmesse im letzten Jahr wurde das offenbar. Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung, Herr Reinfrank, sagte nach der Buchmesse in Frankfurt in einem Interview der taz gegenüber: »Ich fand es sehr schwierig, wie es dem Antaios-Verlag gelungen ist, durch ihre Inszenierung die Berichterstattung zu setzen. Wie die Neurechten sich als Opfer stilisiert haben, obwohl von ihnen Drohungen, Einschüchterungen und zum Teil auch Gewalt ausgegangen sind.«

Die Antwort der Betreibenden der Leipziger Buchmesse ist ein verändertes Sicherheitskonzept, mit dem man auf die anstehenden Proteste gegen rechte Verlage vorbereitet sein will. Dieses ist allerdings, wie auch immer es aussehen mag, ungeeignet dem eigentlichen Problem zu begegnen: Zunehmende Ignoranz gegenüber verschiedenen Lebensentwürfen, kulturellen Differenzen oder schlicht mitmenschlicher Solidarität.

Infos unter: https://verlagegegenrechts.wordpress.com
Spenden unter: www.startnext.com/verlagegegenrechts/

Der Aufruf kann weiterhin unterzeichnet werden: https://verlagegegenrechts.wordpress.com

VENEZUELA: KOOPERATIVE »8. MÄRZ« BITTET UM HILFE

Eine Nudelmaschine braucht ein Ersatzteil

Die Kooperative »Asociación Cooperativa Unidad de Producción 8 de Marzo« benötigt Ersatzteile für eine Nudelmaschine, um weiter produzieren zu können. Sie sind Teil des Kooperativenverbundes Cecosesola. In einem Brief bittet Marian Madeleine Perez Jimenez für das Kollektiv um finanzielle Unterstützung. Der Brief richtet sich an die Projekte Uhlenkrug (Longomaï) und Wukania, die Cecosesola in Venezuela besuchten. Doch auch sie haben nicht die finanziellen Mittel, um die Ersatzteile einfach zu bestellen.

Hallo rundum!

Zunächst einmal grüße ich euch mit den besten Wünschen für eure jeweiligen Projekte und dem damit verbundenen Kampf. Ich erinnnere mich mit viel Sympathie und Herz an euch und an die angenehmen Tage des Austausches. Wie mag es euch gehen, was sind die neuesten Nachrichten? Was macht die nahende Kälte?

Heute schreibe ich euch auch, weil wir spüren, dass wir im Rahmen der gegenwärtigen Situation in Venezuela als Kooperative Hilfe benötigen. Die »Asociación Cooperativa Unidad de Producción 8 de Marzo«, die auch Teil von Cecosesola ist und deren Name sich auf den Internationalen Frauentag bezieht, weil es anfangs einige Bauersfrauen waren, die auf dem Weg über ihre eigene Arbeit würdigere Lebensumstände suchten, besteht derzeit aus 16 Frauen und fünf Männern. Wir blicken inzwischen auf 34 Jahre des selbst gestalteten und befreienden miteinander Arbeitens.

Die Pasta, die wir seit vielen Jahren schon gemeinsam herstellen, machen wir mit Hilfe einer Maschine italienischer Herkunft. Die konnten wir seinerzeit dank eines Kredites der Regionalregierung in Navarra, Spanien, erstehen. Mit dieser Maschine arbeiten wir nun schon seit 15 Jahren und jetzt ist sozusagen das Herzstück dieser Maschine in die Brüche gegangen. Und zwar handelt es sich um den Trichter mit Spindel, durch den die Teigmasse kommt und der ihr die Form der Nudeln gibt. Die Trichter, über die wir verfügen, haben schon zu viele Jahre auf dem Buckel. Wir haben nun versucht, diese Teile in verschiedenen Werkstätten in Venezuela (Drehereien und Fräsereien) mit unseren eigenen finanziellen Mitteln reparieren zu lassen. Aber dann besuchten uns einige Fachleute und sagten uns, dass dieser Teil der Maschine eigentlich nicht repariert werden kann. Also haben wir von der Fabrik in Italien, die »la Parmigiana« heißt und diese Maschine herstellt, einen Kostenvoranschlag eingeholt. Wir haben die Antwort erhalten und festgestellt, dass die Kosten von 2.539 Euro unseren Rahmen sprengen. Auch haben wir als kleine Kooperative keinen Zugang zu Devisen, die von der staatlichen Devisenbehörde an größere Unternehmen verkauft werden.

Von daher schreibe ich euch heute in der Hoffnung, dass ihr uns helfen könnt. Ich erinnere mich nämlich, von einigen von euch in Deutschland gehört zu haben, dass ihr dort verschiedene Einrichtungen kennt, welche derartige Hilfestellung leisten könnten. Als Kooperative »8 de Marzo« verfügen wir derzeit über 400 Euro, die natürlich Teil eines solchen Ankaufes werden würden. Wir hoffen, dass mit verschiedenen Hilfen die übrige Summe zusammengetragen werden kann. Eine solche Anfrage zu stellen, bereitet uns Bauchweh und wir finden es wichtig, zu betonen, dass wir unseren Austausch und unsere Beziehungen als Organisationen auch weiterhin nicht unter paternalistischen Vorzeichen sehen wollen. Da wir euch kennenlernen konnten, haben wir großen Respekt vor euren organisatorischen und kämpferischen Leistungen. Aber leider spitzen sich nun die wirtschaftlichen Verhältnisse in Venezuela immer mehr zu und das Chaos, welches beim Wechselkurs auf dem Schwarzmarkt herrscht, macht es uns de facto unmöglich, eine komplette Eigenfinanzierung zum Ankauf dieses notwendigen Maschinenteils zu vollbringen, das für die Herstellung unserer Nudeln unerlässlich ist. Daher wären wir nun sehr dankbar, wenn ihr Kontakt zu solchen Spendenorganisationen und/oder Stiftungen herstellen könntet oder auf anderen Wegen Unterstützer*innen findet.

Tausend Dank im voraus; für jedwede Nachfrage sind wir natürlich immer da!

Ganz liebe Grüße und eine dicke Umarmung an euch alle

Marian Madeleine Perez Jimenez
für die »Asociación Cooperativa Unidad de Producción 8 de Marzo«
am 25.11.2017 in Palo Verde (Bundesstaat Lara, Venezuela)

Kontoinhaber: Sinnflut e.V.
IBAN: DE76 1709 2404 0006 0289 77
BIC: GENODEF1FW1
Bank: Volksbank Fürstenwalde;
Verwendungszweck: CECOSESOLA

MELDUNGEN

Förderprogramm: Zusammenhalt im ländlichen Raum

Mit dem Programm »Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort« fördert die Robert Bosch Stiftung engagierte Menschen, die durch ihr Denken und ihr Tun den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen Räumen Ostdeutschlands stärken. Sie begreift diese Menschen als »mutige Akteure« und unterstützt sie und ihre Vorhaben darin, ihre Vision von einem besseren Leben zu verwirklichen.

Infos unter: http://neulandgewinner.de/

Gemeinnützigkeit von Attac steht weiter in Frage

Am 19. Dezember 2017 hat der Bundesfinanzhof entschieden, die Revision des Verfahrens gegen Attac zuzulassen. Damit geht der Rechtsstreit um die Gemeinnützigkeit von Attac in die nächste Runde. Trotz des klaren Richterspruchs vom 6. November 2016, klagt das Finanzamt Frankfurt weiter. Die fehlende Gemeinnützigkeit erschwert das Engagement für eine gerechte Gesellschaft und in seiner Bildungsarbeit eigenen Angaben nach erheblich.

Infos unter:
www.attac.de/kampagnen/jetzt-erst-recht/jetzt-erst-recht/

ANZEIGEN

TAUSCH, -LEIH – UND SCHENKLADEN IN EBERSWALDE

Tauschen leicht gemacht

Ist der Markt erst ruiniert, tauscht es sich ganz ungeniert. Nun ja, ganz so zynisch müssen wir es ja nicht betrachten, dennoch versucht der Tausch-, Leih- und Schenkladen in Eberswalde einen Gegenentwurf zu unreflektiertem Konsum und sozialer Ungleichheit zu liefern. Der Laden ist eine von vielen Initiativen getragener Ort und steckt voll wahnsinnig guter Ideen, die das ganze Stadtentwicklungskonzept in Eberswalde sozial und ökologisch zu beleben.

CLAUDIA DUBE, BERLIN

▲ Klein aber fein: der Umsonstladen in Eberswalde

Foto: ImWandel

Der Tausch-, Leih- und Schenkladen in der Eisenbahnstraße ist einer der Orte in Eberswalde, die aus der Initiative »Leerstand kreativ nutzen« wachsen durften. Bereits 2014 legten die fünf Initiativen wandelBar, ALNUS e.V., Hebewerk e.V., Freiraum und der Tauschring Eberswalde ein Konzept vor, das den Folgen des demografischen Wandels der ländlichen Region begegnen kann. Auch wenn der Bevölkerungsrückgang, möglicherweise auch durch den Standort der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, leicht verlangsamt ist, so machte die Initiative in ihrem Konzept darauf aufmerksam, dass laut dem Institut der deutschen Wirtschaft, in einigen Regionen Ostdeutschlands jede fünfte Wohnung bis 2030 überflüssig sein wird.

Die wohl größte politische Herausforderung, vor denen die Kommunen bei immer knapper werdenden finanziellen Mitteln stehen, ist der Erhalt einer vor allen Dingen sozialen Infrastruktur, die alle Mitglieder einer Gesellschaft am sozialen und kulturellen Leben teilhaben lässt. In dem von den Eberswalder Initiativen vorgelegten Konzept wird betont: »Lokale Initiativen, die die Probleme vor Ort kennen und innovative Wege zur Lösung dieser Probleme entwickeln, werden zu geschätzten Partnern einer modernen und demokratischen Stadtentwicklung.«

Diesen Partnern Raum zur Verfügung zu stellen, um zueinanderzufinden, sich zu vernetzen, kreativ zu werden und anderes mehr, das sollte Aufgabe der Stadt werden. So ergab sich als politische Folge aus dem vorgelegten Konzept zwar nicht das gewünschte Kreativzentrum im Herzen der Stadt, aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend. Dennoch gibt es immerhin eine Bezuschussung für die Betriebskosten für den Tausch-, Leih- und Schenkladen in der Eisenbahnstraße.

Glenn Rossow, einer der Autoren des Konzepts »Leerstand kreativ nutzen«, ist Projektkoordinator des Tauschladens. Als gebürtiger Eberswalder und langjähriger Beobachter vieler Prozesse in der Kreisstadt des Barnim, ist der 53-jährige Bauunternehmer einer jener Aktiven, die bürgerschaftliches Engagement und demokratisch-selbstorganisatorische Entwicklung maßgeblich vorantreiben. Er erzählt uns im Interview, dass es den Tauschladen in der Eisenbahnstraße seit anderthalb Jahren gibt. Hier können Menschen, die keinen Nutzen mehr für brauchbare Dinge haben, sich derer entledigen und wiederum andere Menschen die diese gut gebrauchen können, davon profitieren.

Aber hier kann nicht nur getauscht werden, es gibt auch einen Leihbereich für Dinge, die man eben nicht alltäglich braucht. Das schont die Ressourcen. »Es wird zu viel produziert und über die Hälfte weggeschmissen«, sagt Jens, der tatkräftig beim Aufbau des Ladens geholfen hat und das Konzept darüber hinaus auch im sozialen Sinne wichtig findet, da es eben auch Leute gibt, die die hohen Preise nicht zahlen können.

Um den Laden regelmäßig öffnen zu können, ist ehrenamtliche Arbeit gefragt. So arbeiten derzeit ca. 8 Leute an drei Tagen die Woche von 16 – 19 Uhr, um den Laden am Laufen zu halten. Und fast im gleichen Atemzug benennt Glenn die vielen Bürger – ob Rentner, Schüler, Studenten oder andere – die Sachen bringen, Sachen holen und so zum Bestehen des Ladens beitragen. So seien bereits über 800 Stunden an Arbeit in den Laden geflossen, um ihn überhaupt in einen nutzbaren Zustand zu bringen. So würde auch eine Küchenzeile eingebaut, die ihren Nutzen hin und wieder für eine ›Küche für Alle‹ unter Beweis stellen konnte. Insgesamt wurden hier also nicht nur die Räumlichkeiten aufgewertet, sondern, wie im Konzept »Leerstand kreativ nutzen« angedacht, ein Beitrag zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur in Eberswalde geleistet.

Da insbesondere der Leihbereich gut bestückt und nachgefragt ist, wäre es wünschenswert mehr Raum zur Verfügung zu haben, der eine Möglichkeit bietet, die Sachen auch angemessen präsentieren zu können. Auch wäre ein größerer Gruppenraum für Bürgertreffs oder Treffen anderer Gruppen angebracht, um dem Gesamtkonzept des Tausch,- Leih-und Schenkladens noch weiter gerecht zu werden.

Wir können also gespannt sein, wie sich die Idee gepaart mit der Initiative der Aktiven weiter entwickelt. Platz ist genug in der Eisenbahnstraße. Hier wird es eine Frage der Finanzierung sein, inwieweit das Konzept ausgebaut werden darf. Wir freuen uns schon auf mehr Präsenz des Tausch-, Leih- und Schenkladens im Herzen von Eberswalde und darauf, wie die Idee der kreativen Nutzung des Leerstands dieses wunderschöne kleine Städtchen weiter belebt.

http://brandenburg.imwandel.net/contraste400-tausch-leih-schenkladen-eberswalde

Der Wandel

hat schon begonnen...

willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

http://www.imwandel.net/

NETZWERK NEWS

Ist das politisch, oder kann das weg?

NETZWERK der politische Förderfonds

Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Wenn man dem Goethe Institut Glauben möchte, hört man in diesen Tagen wieder den Ruf nach einer Kunst, die nützlich ist. Auch wenn »nützlich« eine etwas seltsame Wortwahl darstellt, wird hier wohl die Forderung nach künstlerischem Aktivismus und Einmischung in die politische Realität unserer Gesellschaft deutlich. Kunst soll also wieder Stellung beziehen und mit ihren drängenden Fragen möglichst viele erreichen.

Gerade für Letzteres scheint kaum eine Kunstform besser geeignet als der Film. Er ist seit jeher darauf angelegt, von einem massenhaften Publikum rezipiert zu werden. Wie Walter Benjamin einmal bemerkte: Menschenleere kann in einer Gemäldegalerie ganz angenehm sein; im Theater ist sie schon weniger angenehm und im Kino überhaupt nicht. Die Massentauglichkeit des Films begründete auch die Hoffnung der 1920er Jahre, der Rezipient würde sich auf der Leinwand als revolutionäres Subjekt wiedererkennen. Will man Gerhard Schweppenhäuser folgen, hat sich allerdings gezeigt, dass der Film kein Ort der Bewusstseinsbildung ist. Seine Massentauglichkeit führt bisweilen eher dazu, sich als Kunstform im Profanen zu verlieren – was alle anspricht, hat nichts zu sagen. Allerdings spiegelt jeder Film stets seine sozialen und kulturellen Kontexte wider und funktioniert wie jeder fiktive Rahmen als mögliche Bezugsgröße zu den realen Verhältnissen, in denen sich das Individuum behaupten muss. Selbstbehauptung – nicht nur die Parole unserer Zivilisation, sondern gleichfalls das erfolgreichste narrative Motiv der Filmgeschichte. Gleichwohl es mit Homers Odyssee schon in der Antike Ausdruck fand, erzählen Filme im allgemeinen auch heute noch von Held*innen, die sich einem aussichtslosen Schicksal entgegenstellen. Ein aktivistischer Film kann in diesem Sinne eigentlich nur von politischer Selbstbehauptung erzählen.

»Deckname Jenny« - Geschichte wird Film

Keine leichte Aufgabe, dennoch hat sich eine kleine Filmcrew in Kooperation mit der selbstverwalteten Filmschule Arche e.V. dieser Herausforderung gestellt und sie vollständig ohne finanzielle Unterstützung von Seiten der etablierten Filmlandschaft gemeistert. Seit dem Frühjahr 2017 ist der Politthriller »Deckname Jenny« abgedreht und hatte inzwischen schon sein Debüt auf einigen Festivals – eine Tour durch möglichst viele Kinos ist geplant. Der Spielfilm setzt sich mit den Themen Flüchtlingspolitik, Klimawandel, Emanzipation und Widerstand auseinander und erzählt die Geschichte von Jenny (eine Anlehnung an Brechts Piratenbraut?) und ihren Freund*innen, die sich angesichts der herrschenden Verhältnisse nur noch durch radikale Aktionen (selbst-)behaupten können. Dabei versucht der Film sich nicht in seinem Anspruch zu verlieren, sondern erzählt auch klassisch von Liebe und Verrat, Hoffnung und Resignation; von Widerstand und Freundschaft. Das Projekt sucht noch Unterstützer*innen, die die Postproduktion mit Spenden mitfinanzieren.

Petra Panther

Weitere Informationen:
https://jenny.in-berlin.de

KEIMZELLE

Ökosaatgut aus Brandenburg

▲ Der blühende Garten vom Saatgutprojekt Keimzelle in Brandenburg Foto: Im Wandel

Saatgut, das aus Pflanzen gewonnen wurde, welche den widrigen Bedingungen der Brandenburger Sandbüchse ausgesetzt waren, wächst überall. »Juhu!«, schreien jetzt die heimischen Hobbygärtner, denn Eve und Winni von Keimzelle züchten in der Ostprignitz vielfältigsten, samenfesten Ökostoff unter anspruchsvollen Bedingungen.

CLAUDIA DUBE, BERLIN

Als brandenburger Pflanze kennt man das: der Boden ist eh schon karg, Regen gibt es nur an Feiertagen, und wenn man im nächsten Jahr mal ein paar Samen, des Baumarkt-Saatguts in die Erde steckt- rette sich, wer kann! - man weiß nie, was man bekommt. Umso schöner, dass Eve und Winni von Keimzelle die widrigen Bedingungen ausnutzen, um ihr Saatgut liebevoll dennoch konsequent zu erziehen.

Die Bodenpunkte, welche den Nährwert des Bodens beziffern, sind, wohlwollend formuliert, sehr niedrig in Brandenburg. Schon zu Zeiten Friedrichs des Großen war die Region deswegen als Sandbüchse des Heiligen Römischen Reiches bekannt. Soll heißen: hier gibt es keine Ressourcen und ohnedem kann auch nichts werden. Eve und Winni drehen den Spieß um und sagen: was hier wächst, wächst (fast) überall! Die Pflanzen werden abgehärtet, damit daraus gewonnenes Saatgut mit den Bedingungen in Brandenburg, also wenig Niederschlag, sandiger Boden und Früh- bzw. Spätfröste, klarkommt und dementsprechend zufriedenstellende Ergebnisse liefert. Winni erklärt uns, dass die Pflanzen wenig gegossen werden und hauptsächlich im Freiland wachsen, also nicht unter dem Schutz eines schönen kuscheligen Folientunnels groß werden. Frei nach dem Motto: »Was uns nicht umbringt macht uns stärker«, wird nur das Saatgut entnommen, welches unter diesen Bedingungen aus den stärksten und gesündesten Pflanzen hervorgegangen ist.

Hauptsächlich für den Hobbygarten bauen sie auf 7.500 qm in liebevoller Handarbeit, mit Hilfe von drei Arbeitspferden, samenfestes, widerstandsfähiges Ökosaatgut an. Vermarktet wird hauptsächlich nach Berlin, sowie an verschiedene SoLaWis, wie den Auenhof im Havelland, die CSA Basta oder die SoLaWi Waldgarten in der Prignitz. Vermehrt werden alte Blumen-, Gemüse-, und Kräutersorten, dadurch wird auch deren Erhalt gesichert. Alte Sorten sind widerstandsfähiger gegenüber Umwelteinflüssen, da ihr genetisches Potential breiter ist, als bei modernen Hochleistungssorten. Das Wissen, das in einer alten Sorte steckt, kann so, je nach Umweltbedingung, züchterisch aktiviert werden. Auf neu auftretende Erkrankungen kann so auch in der Zukunft noch reagiert werden. Der Hobbygartenanbau als stetig wachsender Sektor hat, mit dem Anbau alter Sorten, das Potential als aktive Genbank zu fungieren.

Das Saatgut von Keimzelle ist zudem zu großen Teilen samenfest. Das heißt, dass der Gärtner selber Samen aus den Pflanzen gewinnen kann und sicher weiß, welche Sorte daraus erwächst. Gerade für den Hobbygartenbau ist das wichtig, denn, wie auch in der Landwirtschaft sind die Gärtner zunehmend von der Saatgutindustrie abhängig, da durch moderne Hybridzüchtungen ein Nachbau nicht mehr möglich ist. Bei der Hybridzüchtung werden zwei Pflanzen gekreuzt, deren Erbgut durch vorherige Züchtung schon stark auf bestimmte Eigenschaften limitiert wurde. So erhält man in der ersten Generation die gewünschten Eigenschaften mit voller Ausprägung. Will man dieses Saatgut vermehren, treten in den weiteren Generationen die anderen eingekreuzten Merkmale in unkontrollierbarer Streubreite auf. Will man zuverlässige Ergebnisse muss man wieder neues Saatgut kaufen. Da die Kunst der Saatgutererzeugung eine hohe ist, ginge mit der Abhängigkeit von Konzernen und Einjahressaatgut auch das Wissen darum verloren.

Bei der züchterischen Arbeit braucht es über Jahre hinweg viel Geduld und Aufmerksamkeit. Genauso gestaltete sich auch der Aufbau des Betriebes. Ganz langsam und bewusst ohne Fördermittel und Kredite, sondern eher über die Vermehrung des Wissens, haben sich Eve und Winni ihrer regional angepassten Saatgutproduktion angenähert. Zurzeit sind sie und andere Saatgutproduzenten in der Samenbaukooperative »Samenbau Nordost« zusammengeschlossen. Hierbei wird der Online-Absatz gesichert ohne weitere Ressourcen, neben der Saatgutproduktion, für die Vermarktung aufzuwenden. Arbeitskraft ist, wie überall, in der nachhaltigen Landwirtschaft, der limitierende Faktor. Die eine oder andere Arbeitskraft könne man auch noch gebrauchen.

Ebenso brauchte es viel Geduld, als Berliner in der Brandenburger Gemeinde anzukommen - »immer schön hartnäckig grüßen«, wie Eve sagt - mit dem Ergebnis, dass ein Schwatz über den Gartenzaun heute auf der Tagesordnung steht. So kommen Menschen aus der Region in den Schaugarten und machen ihrem Frust Luft, dass das (Hybrid-) Saatgut aus dem Supermarkt nicht aufgeht. Der Schaugarten wird zum Lehrgarten.

Seit diesem Jahr im Vollerwerb beginnt für die Keimzelle nun eine spannende Zeit. Die letzten elf Jahre haben gezeigt: das Bedürfnis nach gutem Saatgut ist da, Eve und Winni haben die regionale Saatgutproduktion qualitativ perfektioniert. Für Eve wird der Wandel sichtbar, wenn sie beobachtet, wie die Bemühungen der letzten Jahre dahingehend Früchte tragen, dass diese kleine Insel der Artenvielfalt wiederum noch mehr Arten anlockt. Sie hätte »In diesem Jahr so viele Schmetterlinge wie noch nie gesehen« und wünscht sich, dass es bald viel mehr dieser Inseln gibt, nur dafür braucht es Leute, die aktiv werden. So wie Eve und Winni vor zwanzig Jahren: »Raus aufs Land, kleine Flächen holen und einfach machen – jeder Fleck, der anders bewirtschaftet wird, ist ein guter!«

ÖSTERREICH: LONGO MAÏ IN DEN KARAWANKEN

Meilensteine am Stopar

1977 kaufte Longo maï den leer stehenden Hof Stopar. Die Scheune war abgetragen die Kašča (slowenisch für Getreidespeicher) an ein Museum verkauft und das Kreuz aus dem Bildstock entfernt. Ich möchte die Geschichte anhand von vier Meilensteinen skizzieren, welche heute noch von Bedeutung sind.

ROBERT, LONGO MAÏ

1977 machten sich 100 Mutterschafe, begleitet von Longo maï Schäferinnen und Schäfern aus der Schweiz, auf den Weg in die Kärntner Karawanken – ein Einstandsgeschenk an die neue Kooperative. Nach Versuchen mit dem Land am und um den Hof ein Auskommen zu finden, ging die Herde 15 Jahre auf Wanderschaft. Sie war Botschafter von Longo maï bis nach Wien. Damals waren die schwarz-braunen Schweizer Bergschafe in Österreich unbekannt, heute sind sie anerkannt und eine gefragte Zuchtrasse. Über die Aktivitäten rund um die wandernde Herde wurden auch die Ideen und Aktionen von Longo maï unter die Leute gebracht.

1989 startete, nach dem Vorbild unseres französischen Radiosenders Zinzine, das Andere Radio Kärnten – Drugačni radio za Koroška. Der Aufstieg von Jörg Haider und das neuerliche Aufflammen rechtsextremer Umtriebe waren der politische Kontext dieser Zeit. Dem wollten wir mit einer breit getragenen Plattform entgegentreten. Es begann mit dem Piratensender, führte uns bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, wo der Klage auf das Recht unabhängiger Medien Recht gegeben wurde. Heute gibt es in Österreich 17 freie Radios.

1994 war eine Zäsur in der Geschichte des Stoparhofs. Einige Gründungsmitglieder verließen Longo maï und ein Brand zerstörte das Wohnhaus. Nach dem Wiederaufbau im gleichen Jahr wohnte einen Winter niemand am Stopar. Die Gruppe, die zurückkam, war viel kleiner und die Schafherde zog erstmals endgültig am Hof ein. Heute leben wieder neun Erwachsene auf dem Hof, davon fünf, die erst seit wenigen Jahren bei Longo maï sind – was dem Zusammenleben eine neue Dynamik gibt.

1996, nach dem EU-Beitritt Österreichs, gründete sich dann in Eisenkappel/Železna Kapla die Koppla Kaša als bäuerlicher Selbsthilfeverein. Longo maï war von Anfang an dabei. Durch das Engagement für die Region – bis über die Grenze nach Slowenien – auf dem Gebiet der kleinbäuerlichen Zusammenarbeit, dem kulturellen Austausch und dem beiderseitigen Nutzen von altem und neuem Wissen, stieg auch die Akzeptanz von Longo maï.

Vieles muss in diesem kurzen Resümee unerwähnt bleiben. Über AIM, das antinationalistische Journalistennetzwerk im und nach dem Jugoslawienkrieg; dem Kampf um die kleinen Dorfschulen und die Mehrsprachigkeit; die verschiedenen Initiativen mit

▲ Hoffest 1977 - Stopar Foto: Longo maï

und für Flüchtlinge; die Zusammenarbeit mit Hofkollektiven und NGOs... darüber berichten wir gerne bei einem Besuch am Stoparhof. Unser Gästehaus hat seine Türen im offen.

Erstveröffentlicht: Nachrichten aus Longo maï 142 .

ANZEIGE

VON FRAUENBEFREIUNG UND DEM AUFBAU GESELLSCHAFTLICHER ALTERNATIVEN

Rojava: Das Frauendorf JINWAR

Es ist Ende September und noch immer scheint die Sonne jeden Tag. Die erste Bausaison im Frauendorf Jinwar neigt sich dem Ende zu, es wird Herbst und nach Monaten sonniger Hitze wird sich bald Regen ankündigen. 21 Häuser sind in den letzten Monaten entstanden, einige werden noch von außen verputzt und die letzten Dächer werden aus Holzbalken, Stroh, Draht, dicker Plane und Lehm über den Wänden aus rötlich-braunen Lehmziegeln geschlossen. Es ist früher Abend und schaut man über die flache Ebene hinweg nach Norden, so sieht man in gar nicht allzu weiter Ferne die Lichter der türkischen Grenze flackern, wie eine Linie zeigen sie in regelmäßigen Abständen den Verlauf der Mauer an, die der türkische Staat im letzten Jahr entlang der Grenze errichtet hat.

JINWAR KOLLEKTIV, JINWAR

▲ Die Frauen vom Jinwar Kollektiv formen Lehm zu Ziegeln und lassen sie in der Sonne trocknen, um Häuser damit zu bauen Foto: Jinwar Kollektiv

Jinwar wird ein Ort der Frauen; ein Dorf, in dem Frauen ein selbstbestimmtes, gemeinschaftliches Leben auf der Grundlage kommunaler Selbstverwaltung und Ökologie aufbauen. Als Teil der Revolution in Rojava/Nordsyrien, wird Jinwar ein Ort, an dem Frauen zusammenkommen und Alternativen zu patriarchalen Strukturen und Denkweisen entwickeln und leben können. Ein Ort, um an die Erfahrungen und lange Widerstandsgeschichte von Frauen aller Zeiten anzuknüpfen, um Wissen über die eigene Geschichte, das Leben, die Natur, die Gesellschaft zu vertiefen, um ohne den Rückgriff auf staatliche Strukturen Probleme zu lösen und darin Schritt für Schritt einer befreienden, ethischen, gesellschaftlichen Lebensweise näher zu kommen.

Im Aufbau

Der Name des Dorfes setzt sich aus den kurdischen Wörtern »jîn« und »war« zusammen. »Jin« bedeutet Frau, ist aber auch mit dem Wort »jîn« verwandt, das wiederum Leben bedeutet. »War« bedeutet Ort, Land, Heimat. Ein Frauendorf aufzubauen war lange ein Traum von unterschiedlichsten Frauen in der Kurdischen Frauenbewegung, der nun begonnen hat Wirklichkeit zu werden. Im vergangenen Jahr haben sich Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen und Organisationen zusammengetan, um ein Kommittee für den Aufbau von Jinwar zu gründen. Darauf folgten Monate der Diskussion, der Planung und der Vorbereitung, bis daraufhin im Frühjahr 2017 mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte. Teil des Kommittees für den Aufbau des Dorfes sind unter anderem Kongreya Star, unter dessen Dach sich Frauenräte, -kommunen, -kooperativen und andere Frauenprojekte organisieren, außerdem die Stiftung der Freien Frauen Rojava (WJAR), das Jineoloji Kommittee, die Organisation der Familien gefallener Kämpfer*innen und eine ganze Menge anderer Frauen, für die Jinwar eine Hoffnung und Perspektive darstellt. Insgesamt sollen 30 Häuser zum Wohnen gebaut werden und Frauen mit unterschiedlichsten Lebensgeschichten werden ab dem nächsten Frühling einziehen. Viele der Frauen haben ihre Ehemänner im Krieg verloren und kommen mit ihren Kindern, andere wollten nie heiraten und haben nun in Jinwar die Perspektive gefunden, ein kollektives Leben mit anderen Frauen zu leben. Wieder andere haben Probleme in ihren Familien, wollen sich von Repression und patriarchalen Strukturen befreien und ihr Leben in die eigene Hand nehmen. Jinwar ist schon jetzt ein Ort, an dem Frauen mit verschiedensten Hintergründen und Perspektiven zusammenkommen. Obwohl es noch mehr Baustelle als Dorf ist, steht Jinwar bereits in regem Austausch mit den umliegenden Dörfern und immer wieder kommen Frauen und Gruppen vorbei, um den Fortschritt der Bauarbeiten zu sehen, um gemeinsam zu diskutieren, zu lernen und selbst beim Aufbau zu helfen.

Jinwar wird Teil der Selbstverwaltung

Jinwar wird sich als Kommune organisieren, ausgehend von der Basis, von den Frauen im Dorf, über die Rätestrukturen verbunden mit all den anderen Kommunen der Region. Als Frauenkommune ist das Dorf Teil der Strukturen demokratischer Autonomie, die gerade, inspiriert vom Modell des Demokratischen Konföderalismus, in der Föderation Nordsyrien entstehen. Eine weitere wichtige Grundlage des Dorfes wird die ökologische Landwirtschaft sein. Mit der Hilfe von Frauen aus den umliegenden Dörfern, haben die Frauen von Jinwar begonnen, einen großen gemeinschaftlichen Garten, Obst- und Olivenbäume anzupflanzen. Es gibt außerdem ein wenig Land für den Anbau von Getreide und Platz für Schafe und Hühner. Die Frauen schaffen damit eine Grundlage für die Selbstversorgung des Dorfes und tragen gleichzeitig einen Teil zum Aufbau einer kommunalen Wirtschaft bei, in der Produktion vom Bedarf ausgeht und in Kooperativen organisiert ist. Im Dorf wird außerdem eine Akademie für Jineoloji entstehen und auch darin liegt ein sehr grundlegendes Element. Jineoloji, die Wissenschaft der Frauen, die von der Kurdischen Frauenbewegung entwickelt und mittlerweile auch in anderen Teilen der Welt diskutiert wird, soll auch in Jinwar weiterentwickelt werden. Sie macht es sich zur Aufgabe, eine Form von Wissenschaft, Wissen und Bewusstsein zu entwickeln, die nicht einer sinnentleerten kapitalistisch-patriarchalen Verwertungslogik folgen, sondern auf einer gemeinsamen Ethik beruhen und eng mit dem gesellschaftlichen Leben verbunden sind. Sich von patriarchalen Strukturen zu befreien bedeutet auch, einen kritischen Blick auf die eigene Geschichte zu entwickeln, die Widerstandsgeschichte von Frauen und Gesellschaften zu allen Zeiten zu erforschen und all das lebendige widerständige Wissen zusammenzutragen, das im Laufe der Vertiefung und Ausdehnung patriarchaler, kapitalistischer und staatlicher Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft immer weiter verdrängt wurde. In der Akademie kann dieses Wissen aus unterschiedlichsten Bereichen des Lebens und der Gesellschaft gesammelt, weitergegeben und mit der Praxis verbunden werden. Neben der Akademie soll es außerdem eine Schule, ein Gesundheitszentrum für natürliche Medizin und ein Kunst und Kulturzentrum geben, für die es allerdings noch einiges an Mitteln und Unterstützung braucht.

Die Kraft der Frauen

Jinwar ist in der Tat ein beeindruckendes Projekt und in einer Region, die sich inmitten von Machtkämpfen befindet, kann es den Glauben an eine Alternative stärken, die von der gesellschaftlichen Basis ausgeht. »Neulich hat uns jemand gefragt: Wie könnt ihr denn all die Arbeit in den Aufbau eines Frauendorfes stecken, wo doch die Lage in Syrien so sehr von Krieg und Konflikten bestimmt ist?« erzählt eine Frau aus dem Kommittee. »Wir sagen, dass wir genau hier und genau jetzt den richtigen Zeitpunkt sehen, dieses Dorf zu bauen. Unsere Freund*innen und Angehörigen kämpfen mit Waffen an der Front gegen den IS. Sie verteidigen unser Leben und die Freiheit unserer Gesellschaften jeden Tag und wir können ehrlich sagen, dass eine Initiative wie Jinwar niemals möglich wäre, wenn sie das nicht tun würden. Aber alle Verteidigung ist doch bedeutungslos, wenn dir nicht klar ist, wofür du kämpfst; wenn unser Widerstand nicht auf einer gemeinsamen Ethik beruht, auf einem Verständnis davon, wie wir leben wollen. Auf welcher Basis sollen denn Lösungen für die laufenden Konflikte im Mittleren Osten gefunden werden?

Wir positionieren uns, indem wir die Vision einer freien, demokratischen und ökologischen Gesellschaft stärken und sie verteidigen. Natürlich stößt du auf einen Haufen von Widersprüchen und Schwierigkeiten, wenn du versuchst diese Hoffnung in einer Region zu realisieren, die seit hunderten von Jahren von Kämpfen um Einfluss und Ressourcen zerrüttet wird. Aber mal ehrlich, welche andere Möglichkeit haben wir? Wir wollen unser Land nicht als Flüchtlinge verlassen. Wir wollen nicht das Leben der kapitalistischen Moderne leben, weil wir beobachten, auf was für eine absurde Weise es die Gesellschaften im Westen und auch unsere Gesellschaften hier aushöhlt und zerstört. Und wir wollen auch nicht nach den repressiven Regeln eines religiösen Faschismus leben. Also sollen wir aufgeben? Natürlich nicht. Wir glauben an die Gesellschaft, wir glauben an die Möglichkeit demokratischer Selbstverwaltung auf der Grundlage von Frauenbefreiung und lokaler Autonomie, an die Möglichkeit Strukturen des Demokratischen Konföderalismus aufzubauen, die auf den Bedürfnissen aller Gesellschaften beruhen, die Teil von ihm sind. Und am meisten von allem glauben wir an die Kraft von Frauen, diese Vision voranzubringen. Letztlich ist der Aufbau eines Frauendorfes hier wahrscheinlich sogar möglicher als sonst irgendwo. Da ist der nötige Boden, da sind all die Fortschritte, die wir hier in den letzten Jahren in Hinblick auf Frauenbefreiung gemacht haben. Da sind die Frauenhäuser, Frauenräte, -kommunen und -kooperativen. Da ist zum Beispiel Kongreya Star, als Vereinigung der Frauenorganisationen und Initiativen in Rojava/Nordsyrien. Und da ist vor allem der große Bedarf und der Wille vieler Frauen zusammenzukommen und dieses Dorf zu bauen.«

Tiefe Veränderung braucht Zeit

Damit eine gesellschaftliche Organisierung von unten wirklich funktioniert und auf einer starken, lebendigen Basis baut, braucht es den Willen auf allen Ebenen mit Widersprüchen zu kämpfen. Und auch daran arbeiten die Frauen von Jinwar jeden Tag. »Die Bauarbeiten sind im Grunde einfach,« sagt Nahide, die seit Beginn des Projektes dabei ist und jeden Tag auf der Baustelle verbringt. »Worauf es ankommt, ist das Bewusstsein, sind die Menschen.« »Für die Bauarbeiten machst du einen Plan, ein Jahr und das reicht. Klar kommen dir da auch Sachen dazwischen, aber das ist kein Problem. Aber wenn es um die Gesellschaft geht, um eine tiefe Veränderung der Gesellschaft die das alles hier trägt, dann kannst du nicht einfach sagen: So, wir machen jetzt einen Plan für eine gesellschaftliche Revolution innerhalb von einem Jahr. Eine solche Revolution braucht 10 Jahre, vielleicht 100 Jahre, sie hört eigentlich nie auf. Wir haben die Basis, wir haben die Geschichte, wir wissen wo wir hinwollen, aber bis sich Strukturen wirklich verändern, braucht es sehr sehr viel Zeit. Wir brauchen dafür Wissen, Überzeugung, Glauben, Geduld, Mühe und ehrliche Liebe für die Gesellschaft. Es braucht Zeit, aber in dieser tiefen Veränderung liegt doch unsere größte und wichtigste Aufgabe.«

Die Frauen von Jinwar freuen sich über jede Form von Austausch, Fragen, Diskussionen und Unterstützung!

Mail: Jinwar@riseup.net
Homepage: www.jinwar.org
Facebook: https://www.facebook.com/jinwarwomensvillage (englisch),
https://www.facebook.com/Gundê-Jinwar-1043789715756805/ (kurdisch)

ANZEIGE

BRASILIEN: MST – LANDLOSENBEWEGUNG »MOVIMIENTO SIN TIERRA«

Revolution ist ein Prozess

▲ Cassia Bechara auf der Konferenz »kapitalistische Moderne herausfordern II« 2017
Foto: Privat

Die Ideen der Landlosenbewegung sind kollektives Werk, das sich in 30 Jahren Kampf und Organisierung herausgebildet hat. Die Landlosenbewegung ist eine Bewegung von Bäuer*innen, die 600.000 Bauernfamilien in ganz Brasilien organisiert. Ihre drei Hauptziele sind der Kampf um Land, eine Landreform und ein radikaler Wandel der Gesellschaft.

CASSIA BECHARA, BRASILIEN

Bekanntlich ist Brasilien das Land mit der zweitstärksten Konzentration von Landbesitz weltweit. Das bedeutet: Ein Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als 45 Prozent des Landes. Großgrundbesitz, Plantagen (Monokulturen für den Export) und Sklavenarbeit bilden die Grundlagen des brasilianischen Staats und der kapitalistischen Entwicklung Brasiliens. Die Demokratisierung des Landes bedeutet also einen Strukturwandel des Systems. Unsere hauptsächliche Taktik im Kampf um Land ist die Besetzung von Privatland durch landlose Familien. Dadurch stellen wir die Grundlage des Kapitalismus, den Privatbesitz, in Frage.

Das zweite Ziel ist eine Landreform, die weit über die Landverteilung hinausgeht. Es umschließt auch einen Wandel der Produktionsweise und die Schaffung neuer sozialer Beziehungen. Das dritte Ziel ist ein radikaler Wandel der Gesellschaft. Wir sind der Ansicht, dass die Sozialisierung von Land und eine wirkliche Agrarreform im Sinne der Bevölkerung im Kapitalismus nicht möglich sind. Sie müssen vielmehr Teil eines größeren politischen Projekts sein, das die ganze Gesellschaft einschließt. Unser Kampf geht also über einen bloß wirtschaftlichen hinaus und nimmt die Form eines politischen Kampfs an. Durch diese Kämpfe sammeln wir konkrete Erfahrungen, die die Art einer neuen Gesellschaft zeigen können. Immer noch innerhalb des kapitalistischen Systems, aber es sind reale Erfahrungen, die zeigen, dass es möglich ist, ein anderes System aufzubauen.

Demokratisierung

Das erste Ideal ist die Demokratisierung der Produktionsmittel und des Wohlstands, der von der Arbeiterklasse erzeugt wird. In diesem Sinn muss der Kampf für Land und Landreform in Form eines antikapitalistischen Kampfs stattfinden. Wenn wir ein Stück Land besetzen und es den Händen des Kapitals entwenden und es vom Volk angeeignet wird, dann kann dieses Land nicht mehr dieselbe Funktion haben wie unter der Kontrolle des Agro-Business und der Großgrundbesitzer, nämlich Exportgüter zu erzeugen, die Natur und die Arbeit anderer auszubeuten. Es muss eine soziale Funktion bekommen und der Bevölkerung zur Verfügung stehen. In unseren befreiten Gebieten – ich meine: befreit vom Großgrundbesitz und dem Kapital, unter Kontrolle der Bevölkerung – führen wir alternative Formen der Produktion und der sozialen Beziehungen ein, basierend auf kooperativer Arbeit. Das bedeutet nicht nur, Strukturen von Produktions- und Handelskooperativen aufzubauen, sondern auch Kooperationsgruppen in Gemeinschaftsarbeit wie zum Beispiel Frauen-Gruppen und -Netzwerke.

Mensch und Natur

Das zweite Leitbild für uns ist die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Auf dieser Konferenz haben wir schon oft betont, dass die Naturzerstörung dem kapitalistischen Modell von Produktion und Konsum eingeschrieben ist. Um eine neue sozialistische Gesellschaft zu entwickeln, ist also nicht bloß eine Angelegenheit des Eigentumswechsels, nämlich die Kontrolle über die Produktion aus den Händen des Kapitals in die Hände des Volkes zu übertragen. Es handelt sich vielmehr darum, die Paradigmen der Produktion und des Lebens zu verändern.

In diesem Sinn ist Agrarökologie ein Produktionsmodell, das strukturelle Veränderungen in der Art wie wir unsere natürlichen Ressourcen gebrauchen fördert und das darauf hinwirkt, gesunde Nahrungsmittel für alle herzustellen. Damit ist es dem kapitalistischen Produktionsmodell diametral entgegengesetzt. Wenn wir also die landwirtschaftliche Produktion auf unseren Ländereien auf Kooperation und Agrarökologie basierend organisieren, bedeutet das: 1,5 Millionen Menschen, die in den Camps und Siedlungen des MST leben, zeigen der Gesellschaft und dem Kapital: »Ja, es ist möglich, ein anderes Modell der landwirtschaftlichen Produktion zu realisieren, das Mensch und Natur in den Vordergrund stellt anstelle des Profits. Wir tun es hier, und gemeinsam können wir es überall so machen.«

humanistische Werte

Das dritte Leitbild sind die humanistischen Werte. Der Kapitalismus ist auf »Anti-Werten« aufgebaut: Gier, Individualismus, Konsumismus, Rassismus und Patriarchat. Die neue Gesellschaft kann nur auf einem revolutionären Humanismus aufgebaut werden, was Che Guevara als »die Bildung eines neuen Mannes und einer neuen Frau« bezeichnet hat. Eines Mannes und einer Frau, die die großen Probleme der Menschheit als ihr eigenes persönliches Problem betrachten, die »sich tief betroffen fühlen, sooft irgendwo auf der Welt jemand umgebracht wird, und große Freude spüren, wann immer sich die Fahne der Freiheit irgendwo auf der Welt entfaltet«, um Che zu zitieren.

Sozialismus

Unser viertes sozialistisches Leitbild ist die Volksmacht. Unsere neue Gesellschaft kann nur mit Beteiligung aller Menschen an dem gesamten Prozess und der Entscheidungsfindung in allen Sphären des Lebens entstehen. Es gibt historische Erfahrungen wie die der Sowjets (der Räte) und der Pariser Kommune sowohl als auch zeitgenössische Erfahrungen wie in Rojava, von denen wir lernen müssen.

Die Organisation

In der MST haben wir eine Organisationsstruktur, die die Beteiligung aller Menschen fördert, angefangen bei den »Familiengruppen« in den Camps, den »Produktionskollektiven« in den Siedlungen, den Sektoren der Bildung, der Gesundheit oder der Frauen. Das sind kollektive Strukturen, die die Beteiligung der Menschen in allen Belangen der Organisation des Territoriums ermöglichen sowie auch an den politischen Entscheidungen der MST.

Ein Beispiel dafür war unser sechster Nationaler Kongress. Alle fünf Jahre findet bei uns ein nationaler Kongress statt. Der sechste wurde im Januar 2014 veranstaltet. 17.000 Bauern, die alle Camps und Siedlungen der MST vertraten, haben daran teilgenommen. Die Organisation des Kongresses hat bereits zwei Jahre zuvor begonnen. Wir haben uns für drei Elemente entschieden, die wir diskutieren und darüber entscheiden sollten, wie wir unsere Strategien für die kommende Periode bestimmen/festlegen. Es waren folgende Elemente:

1. Unsere Organisationsstruktur: was sollten wir daran ändern, um mehr Beteiligung zu fördern? Was muss verändert werden und was sollten wir beibehalten?
2. Unser Verhältnis zum Staat: Sollten wir irgend eine Art von Beziehung zum Staat unterhalten? Falls ja, wie?
3. Welche Art der Landreform brauchen wir in diesem Stadium des Kapitalismus in der Agrarwirtschaft?

Zwei Jahre lang führten wir diese Diskussionen in allen Familien, allen Camps und Siedlungen der MST. In jeder Versammlung, in sämtlichen Schulen und Kursen diskutierten wir das. Nach diesem zweijährigen Prozess breiter Diskussionen kamen wir zu dem Ergebnis, dass wir die ersten beiden Elemente noch weiter diskutieren müssen. In Hinsicht auf das dritte Element führten die Debatten zur Erarbeitung unseres Agrarreform-Projekts, der Landreform des Volkes.

Hinsichtlich der vier zentralen Bestandteile, die unser revolutionäres Projekt bestimmen, stehen wir vor einer Reihe von Aufgaben und Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Politische Bildung

Die erste Aufgabe ist die politische Bildung: Um eine neue Gesellschaft aufzubauen, um dem Kapitalismus entgegenzutreten, müssen wir ein tiefes Verständnis entwickeln, wie der Kapitalismus funktioniert und für seine Widersprüche. Um die Realität verändern zu können, müssen wir sie begreifen. Wenn ich von politischer Bildung spreche, spreche ich nicht nur von politischer Bildung unserer Kader und Kämpfer. Ich spreche von der Bewusstmachung der Gesellschaft auf allen Ebenen.

Seit unseren Anfängen hat MST die Politik in den Vordergrund gestellt. In allen Staaten, in denen MST sich organisiert hat, haben wir Schulen für politische Bildung, für Basis- oder Graswurzel-politische Bildung aller Bauern in unseren Camps und Siedlungen. Diese theoretische politische Bildung kann man nicht vom praktischen Kampf trennen. Der Kampf lehrt in der Praxis; die Theorie verbessert unsere Praxis.

Wenn sich eine Familie entscheidet, an einer Landbesetzung teilzunehmen, wenn sie gemeinschaftlich einen Zaun niederreißt, lernt/erfährt sie praktisch, dass Privateigentum nicht heilig ist, dass es abgeschafft gehört. Und die Theorie gibt ihnen Hinweise, ihren Kampf von einem ökonomischen Kampf (Land bekommen, um meine eigenen persönlichen Probleme zu lösen) zu einem politischen Kampf weiterzuentwickeln (wir müssen die Probleme der Gesellschaft als ganzer/insgesamt lösen).

2005 haben wir unsere Nationale Schule eröffnet, die Kurse in politischer Bildung für Kämpfer und Kader/Funktionäre der MST ebenso wie für brasilianische und lateinamerikanische politische Graswurzel-Bewegungen und Organisationen anbietet. 2005 haben wir begonnen, auch Jahres-Kurse in politischer Bildung auf Englisch zu halten, die für die Teilnahme von Kämpfern und Kadern von Bewegungen aller Kontinente offen sind. Mehr als 200 Aktivist*innen/Kämpfer*innen aus über 80 verschiedenen Organisationen aus 35 Ländern haben an drei Jahrgängen dieses internationalen Kurses teilgenommen, einschließlich verschiedener Genossen der kurdischen Bewegung.

Basisarbeit

Unsere historische Mission als revolutionäre Bewegungen und Organisationen ist es immer, die Menschen zu organisieren, um Klassenbewusstsein zu entwickeln und für Veränderung zu kämpfen. Die Menschen nicht nur am Arbeitsplatz zu organisieren, sondern in allen Sphären des Lebens: in der Kommune, der Nachbarschaft, in Schulen und auf kulturellem Gebiet. Die Frauen, die Jugend, die Älteren zu organisieren. Die Revolution wird nicht das Werk weniger aufgeklärter Menschen sein. Sie wird das Werk des Volkes sein. Nur dann werden wir die wahre Macht des Volkes erreichen.

Internationale Solidarität

Der Kampf gegen den Kapitalismus muss gerade deswegen international sein, weil der Kapitalismus global herrscht. Klassen- und internationale Solidarität der Völker ist nicht nur ein moralisches revolutionäres Prinzip, sondern sie ist notwendig für den Kampf, um den Kapitalismus zu besiegen. Wir müssen internationale Netzwerke und Plattformen schaffen und stärken, die uns zusammenbringen. Bei aller Verschiedenheit müssen wir herausfinden, was uns eint. Wir müssen fähig sein, Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Gern möchten wir die Gelegenheit bekommen, einige Kämpfer des MST zu entsenden, um von den Erfahrungen Rojavas zu lernen. Und wir laden die kurdischen Genossen ein, zu uns zu kommen und einige Zeit in unseren Territorien zu verbringen. Ebenso müssen wir aber auch eine gemeinsame politische Plattform ausarbeiten, die zu einem gemeinsamen Aktions- und Kampfplan führt. La Via Campesina beispielsweise ist eine internationale Koalition von über 170 Bewegungen von Bauern, Indigenen, Kleinbauern, Landarbeitern aus 80 Ländern weltweit mit einer gemeinsamen Plattform für den Kampf um Land, um Nahrungssouveränität, gegen die transnationale Agrarindustrie und für neue Modelle landwirtschaftlicher Produktion. Am 17. April ist der Internationale Tag des Kampfs der Bauern, an dem Bewegungen und Organisationen von La Via Campesina Kämpfe und Mobilisierungen weltweit organisieren werden, um der Agrarindustrie entgegenzutreten und für Landreformen zu kämpfen. In Lateinamerika sind wir dabei, ALBA-Bewegungen aufzubauen, die antikapitalistische und antiimperialistische Bewegungen aus allen Ländern Amerikas zusammenbringen.

Kapitalismus bekämpfen

Der Kapitalismus erlebt eine strukturelle Krise und seine Widersprüche kommen an seine Grenzen. Es gibt keinen Ausweg innerhalb des Systems. Und der Kapitalismus wird nicht von selbst absterben. Wir müssen ihn niederringen. Das heißt, alle kapitalistischen Strukturen zu konfrontieren und zu bekämpfen. Den Staat als die bürokratische Struktur, die das System aufrechterhält. Aber auch das Kapital in all seinen Formen: transnationale Konzerne und das Finanzkapital. Denn faktisch kontrolliert im heutigen Kapitalismus das Kapital die Staaten.

In diesem Sinn sind alle antikapitalistischen Kämpfe wichtig und notwendig und müssen unterstützt werden. Wie unser Genosse Zilan sagte: »Wir müssen Widerstand leisten, revoltieren und das Neue schaffen.« Und alles gleichzeitig.

Außerdem sollten wir die Kämpfe nicht romantisieren. Revolution ist ein ständiger Prozess, der nicht ohne Fehler und Widersprüche ablaufen wird. Nur wenn wir die Fehler erkennen und den Widersprüchen ins Auge sehen, werden wir fähig sein, in Richtung einer humanen Emanzipation voranzukommen.

Auszug aus dem Vortrag der Landlosenbewegung Brasiliens vom Kongress »Die Kapitalistische Moderne herausfordern II«.

BILDREPORTAGE: INTERNET AUF CUBA

Blaues Licht

Fotos: Giovanni Lo Curto

Mit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung Kubas hat in den letzten Jahren das Internet im Land Einzug gehalten - mit Pilotprojekten in Wohnhäusern und WLAN auf Plätzen und Hauptstraßen verschiedener Städte und kleiner Dörfer.

GIOVANNI LO CURTO, BERLIN

Plätze, auf denen man sich früher plaudernd tummelte, um in der lauen Abendluft mit einem Getränk den Tag ausklingen zu lassen, sind zu riesigen Hot Spots im Freien geworden. Wie bei einem Theaterstück finden sich alle Darsteller auf ihren Positionen ein: Hier die Polizisten in Uniform und Zivil, die den Platz kontrollieren. Dort die »empresarios«, die Kleinunternehmer, die für einen kubanischen Peso pro Stunde Zugang zu ihrem privaten Hotspot gewähren. Durch die eingesetzten Verstärker können sie bis zu 500 Meter überbrücken und eine stabilere und schnellere Verbindung als das staatliche Netz hat anbieten.

Und dann sind da noch die jineter@s, die versuchen, etwas mehr dazu zu verdienen, in dem sie den sogenannten »Yumas«, wie alle Ausländer bezeichnet werden, WLAN-Karten zum doppelten Preis zu verkaufen – und deren »psst, psst, hola my friend, wifi card?« das Gezwitscher des Vogelschwarms übertönt, der sich zur Abendstunde in den Bäumen eingefunden hat. Die Plätze sind Tag und Nacht gefüllt auch mit Touristen, vor allem aber mit Kubanern. Endlich können Sie mit Familie, Freunden und ihren Liebsten im Ausland einfacher Kontakt halten, Geschäfte machen und in Echtzeit erfahren, was im Rest der Welt vor sich geht. Oder die neuesten technischen Trends entdecken.

Diese Fotoreportage nimmt den Betrachter mit in eine nächtliche Welt, die – auch wenn sie Gefahr läuft, in den Trend der »Smombis« zu verfallen – sich dennoch »a lo cubano« entwickelt: gesellig und mit Lebensfreude.

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Schwarzstrafen - gegen den § 265a, für Nulltarif!

In Mainz fand am 19.10.2017 ein Schwarzfahrprozess statt. Angeklagt war mit Manfred Bartl eine Person, die seit Jahren demonstrativ ohne Ticket unterwegs ist und dagegen protestiert, dass der Mobilitätsanteil im HartzIV-Satz nicht einmal für das Sozialticket reicht. Es gilt zudem nur in der Stadt und nicht im Verkehrsverbund oder wenigstens im engeren Umland, z.B. dem Rhein-Main-Gebiet. Schon das mündliche Urteil war ein Skandal. Der ohnehin autoritär agierende Richter meinte, es gäbe auch keine Straffreiheit, wenn mensch vor einer Körperverletzung diese ankündige. Das hat zwar mit dem Wortlaut der entsprechenden Paragrafen wenig zu tun, aber es zeigte sich wieder, wie richtig die Aussage ist, dass nirgendwo so viel Recht gebeugt wird wie in Robe und Uniform. Ein Bericht mit wilder Debatte fand sich auf der Facebook-Seite der regionalen Tageszeitung (**https://www.facebook.com/permalink.php?id=255951758912&story_fbid=10155683648178913**). Inzwischen liegt auch das schriftliche Urteil vor. Dort definierte der Richter »Erschleichung« so: »Der Begriff der Erschleichung erfordert demgemäß die Herbeiführung eines Erfolges auf unrechtmäßigem, unlauterem oder unmoralischem Weg.« Keines der drei Adjektive hat tatsächlich etwas mit »Erschleichen« zu tun. Aber die letzten beiden zeigen, dass der Richter moralisch motiviert war, als er die Strafe aussprach.

Dass die Offensiv-Schwarzfahr-Kampagne dennoch Sinn macht, zeigt die ins Rollen kommende Debatte. Über mehrere Städte, die den Nulltarif praktizieren, berichtete das ZDF in einem sehenswerten Beitrag (**https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-fahren-ohne-fahrschein-100.html**). Der grüne Justizsenator von Berlin, der CDU-Justizminister von Nordrhein-Westfalen und die Linken-Vorsitzende Katja Kipping (**https://youtu.be/i6BfRi-z_no**) forderten die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens.

Ton-Bilder-Schau zum Thema Zwangspsychiatrie ist fertig

Wer die spektakulären Vorträge »Fiese Tricks von Polizei und Justiz«, »Monsanto auf Deutsch« oder »Die Mischung macht's« kennt, kann sich auf eine neue, vierte Ton-Bilder-Schau aus der Projektwerkstatt freuen. Die dreht sich wieder um Repression, diesmal aber um Zwangspsychiatrie. Sie trägt den langen Titel »Wo Pippi eingesperrt, gedemütigt, fixiert, zwangsmedikamentiert und 20 Jahre früher sterben würde«. Wer Interesse hat, diese Ton-Bilder-Schau in die eigene Stadt zu holen, kann sich bei **kobra@projektwerkstatt.de** oder **Tel. 06401-903823** melden. Beschreibung: 240.000 Menschen werden jedes Jahr in Deutschland gegen ihren Willen psychiatrisch zwangsbehandelt. Solche »Behandlungen« haben es in sich. Es sind qualvolle Unterwerfungsrituale, bei denen die eine Seite alle Macht hat und die andere keine. Das geben die Chefs deutscher Kliniken selbst zu. Der Wille des Patienten würde gar nichts zählen, schrieb der Leiter einer forensischen Psychiatrie in einem Brief an die Vorsorgebevollmächtigte eines Gefangenen - und erteilte ihr Hausverbot. Auch andere Verbrechen geben die Täter*innen in Weiß offen zu: Wenn passende Medikamente fehlen, würden halt andere genommen. Die seien dann zwar nicht zugelassen, aber das mache nichts. Disziplinarmaßnahmen würden als Therapie verschleiert. 18 bis 25 Jahre kürzer würden Menschen leben, die über lange Zeit Psychopharmaka nehmen - in der Regel: nehmen müssen. Der Staat hat mit den geschlossenen Psychiatrien Räume geschaffen, in denen die Untergebrachten Freiwild sind. 359 Euro erhalten die Kliniken dafür pro Tag und Person. Die Klinikärzt*innen sitzen selbst vor Gericht und schreiben die Gutachten, die ihnen die Betten füllen. Über Fördervereine organisieren sie ein zusätzliches, undurchsichtiges Umfeld. Die Ton-Bilder-Schau des investigativen Journalisten Jörg Bergstedt gibt einen tiefen Blick hinter die Kulissen der Zwangspsychiatrie, dargestellt vor allem an Unterlagen, die aus den Psychiatrien selbst stammen. Den Abschluss bildet die Frage, wie eine Welt ohne Zwangsbehandlungen aussehen könnte - und was das alles mit Pippi Langstrumpf zu tun hat.

taz-Redakteurin guckt Laienverteidiger*innen über die Schulter

Drei Tage war sie mit dabei, besuchte zwei Prozesse, guckte sich in der Projektwerkstatt um und besuchte ein Prozesstraining in Düren. Dann schrieb die taz-Schreiberin einen langen Artikel über ihre Erlebnisse. Zwei Seiten nahm der in der taz ein. Vieles darin war mehr Erlebnisbericht als politische Würdigung, was viele Laienverteidiger*innen schade fanden. Denn diese sehen ihre Aktivität als Verlängerung der politischen Aktion in den Gerichtssaal hinein – aber auch als effiziente Form, sich vor Rechtsfolgen zu schützen. Bemerkenswerter als der Artikel selbst waren aber die Reaktionen. Linke Organisationen formulierten schon im Artikel, Menschen lieber bevormunden als zur Selbstermächtigung bringen zu wollen. Vielfach richtig derb ging es dann in den Kommentaren auf taz- und taz-Facebook-Seite zu. Offenbar bleibt eines das Schreckgespenst aller: Selbstermächtigung und Emanzipation von autoritären Verhältnissen. Wie sagte noch Kant zur Frage der Selbstverschuldung bei der Unmündigkeit? Der Artikel findet sich im Netz unter **www.taz.de/Kreativitaet-in-Strafprozessen/!5458992/**

Neue Infogruben - auf Papier und im Netz

Zwar wegen der Blogstruktur etwas unübersichtlich, aber recht reichhaltig ist das Angebot an Tipps und Downloads von Ratgebern zu militanten Aktionen. In einer Rubrik (**https://militanz.blackblogs.org/category/ueberwachung-technik/**) wird über die Strategien von Behörden insbesondere bei der Verhinderung oder Verfolgung politischer Aktionen berichtet. Das nützt als Schutz vor rechtlichem Ärger.

Für die softeren Formen politischen Engagements ist das Werk »Gesamtes Gemeinnützigkeitsrecht« von Stefan Winheller und anderen nützlich (**2017, Nomos in Baden-Baden, 1958 S., 198 Euro**). Nach einer Einführung in Verfassungsgrundlagen und Geschichte des Gemeinnützigkeitsrechts werden relevante Paragrafen der Abgabenordnung umfangreich interpretiert, kommentiert und einschlägige Urteile zitiert. Die Zahl der Randnummern geht oft, die der Fußnoten und Quellen regelmäßig in den dreistelligen Bereich. Nach ungefähr der Hälfte des dicken Werkes folgen andere Steuergesetze, von denen die meisten ebenfalls umfangreich kommentiert werden. Einige ergänzende Vorschriften und Texte zur Rechnungsführung runden das Buch ab. Es steht, wie viele Bücher für politische Bewegung, im Archiv der Projektwerkstatt (**www.projektwerkstatt.de/kabrack**).

Jörg Bergstedt

GESPRÄCH MIT KOSTAS VON VIO.ME ATHEN ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES WIDERSTANDES IN GRIECHENLAND

Isolation ist tödlich

▲ Der Protest gegen die Krise ist vielfältig: Auseinandersetzungen mit der Polizei nach der Gedenkdemonstration für den von Faschisten der Goldenen Morgenröte ermordeten Rapper Pavlos Fyssas. Foto: Giovanni Lo Curto

Im Rahmen der Solidaritätsreise sprechen Kostas von vio.me und Manfred aus Hamburg von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Mitglied der Solireisegruppe »Gegen Spardikate und Nationalismus!« über den Widerstand und die selbstorganisierten Projekte in Griechenland. Kostas war früher Journalist. Er arbeitet seit 2008 bei vio.me in Athen. Sie sind zu dritt. Seit der Betrieb in Thessaloniki besetzt ist, gibt es eine Art Niederlassung in Athen für den Vertrieb der Produkte, die im besetzten Betrieb hergestellt werden.

MANFRED KLINGELE, HAMBURG

Welche Entwicklung des Widerstandes gab es?

Die Jahre 2008 bis 2015 sind eine zusammenhängende Phase. Dabei wurden unterschiedliche Erfahrungen im Widerstand gemacht. Nach der Erschießung des 15-jährige Alexandros Grigoropoulos durch den Polizisten Epaminondas Korkoneas im Athener Stadtteil Exarchia 2008 kam es zu einer Jugendrevolte. Diese traf zusammen mit dem Beginn der wirtschaftlichen Krise. Beides zusammen bewirkte einen starken Anstieg des Widerstands. Alle Formen wurden ausprobiert: gewaltsame und parlamentarische, Streiks, Besetzungen und Demos. Dabei stechen zwei hervor: Zum einen die Platzbesetzungen 2011, zum anderen die Entstehung selbstorganisierter Strukturen.

Die Platzbesetzungen waren wichtig, weil dort allgemeine Forderungen entwickelt wurden nach einem anderen Leben und nach direkter Demokratie. Das war der Beginn einer wichtigen Diskussion. Sie ging über Wochen, nahm an Stärke zu und fing an, ein Machtgegenpol zu werden von Menschen, die bisher ohne Stimme waren. Die Platzbesetzung auf dem Syntagma-Platz fand direkt gegenüber dem Parlament und Regierungssitz statt. Kurzfristig stand die Machtfrage im Raum.

Parallel gab es Besetzungen, soziale Kliniken und Apotheken (auch für Flüchtlinge), Nahrungsmittelverkauf direkt vom Erzeuger (Kartoffelbewegung), Stadtteilversammlungen und -initiativen, wie die in Perama oder Neafiladelfia und viele mehr. Es entstand ein ganzes Netzwerk aus selbstorganisierten Strukturen.

Wie hat sich die Bewegung mit der Übernahme der Regierung von Syriza verändert?

Die Regierungsübernahme von Syriza 2015 war mit viel Hoffnung begleitet, die aber sehr schnell enttäuscht wurde. Das Referendum im Juli 2015 (über 62 Prozent stimmten mit »Nein« und trotzdem unterschrieb die Regierung die Kapitulation vor den Forderungen der Gläubiger) war ein besonders schwerer Schlag. Die Mehrheit der Bevölkerung war damals bereit, mit der EU in Konflikt zu gehen. Bis heute herrscht ein Zustand von Enttäuschung und Desorientierung vor. Ein Neuanfang der Bewegung ist noch nicht zu sehen. Trotz allem gibt es ernsthafte Auseinandersetzungen:

- um die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen;
- eine starke antifaschistische Bewegung, die es schwer macht, die Prozesse gegen Mitglieder der faschistischen »Goldenen Morgenröte« leise zu beenden;
- starke Jugenddemonstrationen gegen antidemokratische Entwicklungen;
- Stabilisierung und gute Verwurzelung der selbstorganisierten Strukturen.
- Aber: Keine Arbeiterbewegung und kein Stellen der Machtfrage.

Sind es nicht eher zwei Phasen, von 2008 bis 2011 die Phase der außerparlamentarischen Bewegung, die an ihre Grenzen stieß und von 2012 bis 2015 das Abflauen der Bewegung einerseits, der Aufstieg von Syriza andererseits, der den Widerstand auf das parlamentarische Gleis lenkte und schließlich mit der Kapitulation nach dem Referendum entwaffnete?

Im Grunde schon, mit dem Aufkommen einer parlamentarischen Perspektive mit Syriza konzentrierte sich ein Teil des Widerstands darauf. Wie es weiter gehen soll, darüber gibt es keine einheitliche Diskussion. Im Wesentlichen sind es zwei Linien:

- Da es im Moment nicht möglich ist, eine grundlegende Alternative zu entwickeln, soll man bestehende Strukturen und Institutionen nutzen. Das kann die rechtliche Absicherung von Projekten bedeuten oder auch das Annehmen von finanzieller Unterstützung von staatlicher Seite. So erarbeitete solidarity4all einen Gesetzentwurf, der Projekten rechtliche und steuerliche Sicherheit geben sollte. Bis jetzt sind kollektive Betriebe gesichert, aber noch nicht die Märkte des Direktverkaufs, auch noch nicht die Wiederinbetriebnahme aufgegebener Betriebe. Viele Betriebe wurden in den letzten Jahren aufgegeben, in denen die Produktionsmittel noch da sind.
- Man soll ein alternatives Konzept entwickeln – wie vio.me –, das sich außerhalb der Machtlogik befindet und nicht mit bestehenden Strukturen und Parteien kooperiert.

Nachfrage: In Portugal – viel kleiner als Griechenland – gibt es 800 besetzte Betriebe, in Griechenland nur einen. Woran liegt das?

Seit den 80er Jahren mit dem Aufschwung der sozialdemokratischen Partei »Panellinio Sosialistiko Kinima« (PASOK) gibt es starke Beziehungen zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften, ebenso eine starke Verbundenheit von Staat und Gewerkschaften. Die Einstellung gegenüber Selbstverwaltung ist feindlich.

Warum lassen sich die Beschäftigten das gefallen?

Unter der PASOK-Regierung wurde das Klientel-System ausgeweitet auf bisher ausgeschlossene Schichten, etwa auf Bauern. Es entstanden starke Abhängigkeitssysteme besonders im staatlichen Bereich, aber auch im privaten Sektor. Wenn die kommunistische Partei oder auch andere Parteien an Kämpfen gegen Betriebsschließungen teilnehmen, ist das häufig nicht hilfreich. Sie fordern Entschädigungen und/oder Auszahlung der Löhne. Aber wenn es um die Weiterführung des Betriebs geht, ziehen sie sich wieder raus. Die Arbeiterbewegung hat in jedem Land eine besondere Geschichte. In Argentinien haben Fabrikbesetzungen eine lange Tradition, während sie in Griechenland relativ neu sind. Letztes Jahr fand auf dem vio.me-Gelände in Thessaloniki das zweite Euromed-Mittelmeer-Treffen der solidarischen Ökonomie statt. Es war ein gutes Treffen vieler Vertreter*innen mit einem guten Austausch. Als praktischer Schritt wurde ein gemeinsames Netzwerk zum gegenseitigen Vertrieb der Produkte gegründet.

Ist die solidarische Ökonomie schon eine Bewegung in Griechenland, bekannt sind Olivenölkooperativen und vio.me?

Ein Treffen in diesem Frühjahr hatte das Ziel der Vernetzung und des gemeinsamen Vertriebs. Alles ist noch im Werden.

Kann man mit dem vio.me-Lohn überleben?

Man bekommt 500 Euro im Monat. Aber wir verdienen diese 500 Euro auf andere Weise als üblich, als Teil eines alternativen Projekts.

Es gab auf dem Mittelmeer-Treffen das Anliegen eines Rahmens für Arbeitsbedingungen in kooperativen Strukturen. Wie weit ist man da?

Man wollte eine Art Charta entwickeln mit Grundsätzen der Kollektivwirtschaft. Beispiele: Jeder nur eine Stimme, Gleichberechtigung für alle, Beschlüsse nur auf Vollversammlungen, keine Eigentumsrechte. Das ist noch in der Diskussion. Es gibt unterschiedliche Formen der Kollektivstrukturen: mit unterschiedlichen Gehältern; mit Hierarchien; mit Ausschüssen, die entscheiden; mit Aktionärsstrukturen. Diese Diskussion findet europaweit und in Griechenland statt, auch auf dem diesjährigen Frühjahrstreffen.

Die Leute, die in den Kollektiven mitmachen, denken auch über gewerkschaftliche Strukturen nach, um an der allgemeinen Bewegung teilzunehmen. Orientierung sind die Basisgewerkschaften ohne Vertretungsorgane.

Angesichts der allgemeinen Enttäuschung und Lähmung: Welche Bereiche könnten zentrale Punkte für die zukünftige Bewegung sein?

- Demokratische Rechte gegenüber einem immer autoritärer werdenden Staat.
- Flüchtlinge.
- Faschismus.

Wie kann man verhindern, dass neue Machtstrukturen entstehen? Es gibt doch eine enorme Belastung für die Kollektivmitglieder neben der anstrengenden Arbeit: Vollversammlungen, Konferenzen, Veranstaltungen oder Betriebs- und Vertriebsstrukturen neu aufzubauen?

Das ist ein Lernprozess. Es gibt gewisse Prinzipien, z.B. Rotation. Der Aufwand ist schon groß, klar, aber es ist unser Ding, unser Anliegen, das gibt Kraft.

In Deutschland gab es in den 1970er Jahren eine ganze Reihe von selbstverwalteten Betrieben, mittlerweile sind fast alle verschwunden. Anfangs gab es für alle gleiche Bedingungen, das wurde aber zunehmend aufgegeben. Sachzwänge führten zur Spezialisierung und Arbeitsteilung und zu Hierarchien. Die Konkurrenz des Marktes und des Arbeitsmarktes schlugen zu! Müsste man auf diese Erfahrungen zurückgreifen?

Die Probleme sind bekannt. Es gibt kein Patentrezept. Die Mehrheit der Projekte ist gescheitert. Man muss die Ursachen untersuchen und Lehren daraus ziehen. Eine Erfahrung, die nicht gescheiterte Projekte gemacht haben, ist: Wichtig ist die Verbindung zur Gemeinschaft außerhalb, zur Gemeinde. Das hat auch einen Kontrolleffekt. Man muss sein Projekt in das Umfeld hineintragen. Vio.me beherbergt in seinen Räumen eine Soliklinik, es werden Veranstaltungen durchgeführt.

Dem stimme ich zu: Das entspricht auch deutschen Erfahrungen: Isolation ist tödlich!

betterplace.org

Diese Seite wurde mit 250 Euro von SpenderInnen über betterplace.org finanziert.

BESUCH IM SOZIALEN ZENTRUM PERAMA

Schwierige Zeiten

Trotz sich ausbreitender Resignation macht die Nachbarschaftsinitiative Perama weiter. Mit unterschiedlichen Aktionen unterstützen sie Geflüchtete, beteiligen sich an der Verhinderung von Zwangsversteigerungen und versorgen einmal in der Woche Familien mit einer warmen Mahlzeit.

MARIE LANGE, HAMBURG

Heute ist, wie jeden Montagabend, die Vollversammlung des Zentrums. Einige Mitglieder fehlen, weil sie entweder Kurse in der Abendschule besuchen können oder kleinere Jobs gefunden haben, wie die Betreuung älterer Menschen oder eine Tätigkeit in einem Imbiss.

Babis berichtet über die aktuelle Situation in Griechenland, die er als tragisch bezeichnet.

Viele Menschen, die anfänglich noch ihre Hoffnung in die Syriza-Regierung gesetzt hätten, haben sich zurückgezogen, sie nehmen nicht mehr am öffentlichen Leben teil. Er spricht von einer Gesellschaft, die wie gelähmt ist. Wut, Zorn und Enttäuschung existieren, werden aber allein zu Hause ausgelebt.

Es ist eine schwierige Zeit für das Zentrum, aber einer der Gründe, weshalb sich die Mitglieder immer noch regelmäßig treffen, sind die starken und solidarischen Beziehungen, die sich in den letzten sieben Jahren seit ihrer Gründung entwickelt haben. Stolz sind die Mitglieder darauf, dass seit nunmehr einem Jahr eine Suppenküche existiert. Jeden Sonnabend wird gemeinsam im Zentrum gekocht, für jede/n, die/der Hilfe benötigt. Viele Familien mit Kindern nehmen das Angebot wahr und sie versuchen zumindest einmal in der Woche eine sehr gute Mahlzeit anzubieten.

Bei den Vorbereitungen, beim Kochen, Ausgeben des Essens und dem Aufräumen sollen alle mitarbeiten. Dabei ist ein Rotationsprinzip vorgesehen, damit jede/r jede Arbeit verrichtet. Das Essen soll nicht als Mildtätigkeit angesehen werden, sondern als politischer und solidarischer Akt. Das Essen ist zwar wichtig, genauso wichtig ist es, Gespräche miteinander zu führen, zusammen zu essen und zu lachen, sich auszutauschen.

Vanissis ist der Koch im Zentrum, er zeigt uns freudig die kleine, bescheidene Suppenküche. Gefragt, woher die Lebensmittel stammen, die er zum Kochen verwendet, erklärt er uns, dass Mitglieder des Zentrums jeden Donnerstag zum Wochenmarkt gehen, um dort Gemüse und Obst einzusammeln.

Andere Lebensmittel werden weiterhin vor den Supermärkten gesammelt. In zwei Vier-Stunden Schichten gehen einmal pro Monat jeweils acht Personen vor die Supermärkte, verteilen dort Flyer und bekommen von denen, die dazu in Lage sind, Lebensmittel.

Gekocht werden jeden Sonnabend 60 Portionen. Wenn mehr zum Essen kommen, wird noch ein einfaches Essen nach gekocht. Grundsätzlich besteht das Essen immer aus einem Hauptgericht mit Salat und Obst. Jeweils Montag beschließt die Versammlung, was gekocht werden soll.

Gegessen wird gemeinsam; wie auch Babis zuvor, betont Vanissis, dass niemand das Essen mit nach Hause nehmen darf, sondern, dass es darum geht, Teil der Gemeinschaft zu sein. Betont wird, dass jede/r, die/der das Zentrum aufsucht, wie ein Familienmitglied angesehen wird.

▲ Der Koch, der Nachbarschaftsinitiative Perama, Vanissis in der Küche ihres solidarischen Zentrums.

Foto: Reisegruppe »Gegen Spardiktat und Nationalismus«

Bislang gibt es nur einen Herd und Töpfe, der Erwerb eines Backofens ist das nächste Ziel des Zentrums. Babis berichtet von weiteren Aktivitäten des Zentrums. Noch immer gehen sie jeden Mittwoch zu den Gerichtsverhandlungen gegen die Zwangsversteigerungen. Jeden Dienstag werden im Zentrum Nähkurse angeboten.

Im April haben sie eine Veranstaltung mit Kindern von Geflüchteten aus dem City Plaza Hotel organisiert. Die Kinder haben von den Erlebnissen ihrer Flucht berichtet und es gab ein kleines Fest, auf dem Kinder aus dem City Plaza Hotel mit Kindern aus Perama gespielt und viel Freude gehabt haben. Solidarität zu leben ist allen Mitgliedern des Zentrums sehr wichtig.

Die finanzielle Situation ist nach wie vor sehr schwierig. Ohne Unterstützung hätte sich die Versammlung wohl schon aufgelöst. Umso glücklicher sind sie über solidarische Hilfe.

DIE OFFEN VERSAMMLUNG NEA PHILADELFIA

Terror im Stadtteil

Im Athener Stadtteil Nea Philadelfia kämpft die offene Stadtteilversammlung gegen Gentrifizierung und faschistische Übergriffe. Die Übergiffe gehen vor allem vom Fußballclub AEK aus.

HANS KOEBRICH, BERLIN UND MANFRED KLINGELE, HAMBURG

Im nördlichen Stadtteil Nea Philadelfia fallen die vielen schicken Geschäfte und Restaurants auf. Ganz anders als in dem Viertel im Zentrum um den Omonia-Platz, wo nach wie vor die dicht gemachten Läden das Bild dominieren.

Die offene Versammlung »Nea Philadelfia« entstand in der Folge der Besetzung des Syntagma-Platzes im Sommer 2011. Sie bietet Arbeitsrechtsberatungen an und ist auch in anderen sozialen Fragen ansprechbar. Einen Schwerpunkt bilden Aktionen gegen die Zwangsversteigerung von selbstgenutztem Wohnraum. Wichtig ist ihr auch die Weiterführung der solidarischen Arztpraxis, in deren Räumen wir uns an diesem Abend treffen. Veranstaltungen zu Folgen der Memoranden, zur Geschichte, zum neuen Stadion von AEK Athen gehören ebenso zum Programm des Zentrums, wie Aktionen gegen Faschismus und Rassismus.

Im Stadtteil gibt es derzeit heftige Auseinandersetzungen um den Neubau des Stadions des populären Fußballclubs AEK. Deswegen hat es bereits Angriffe von faschistischen Fußballfans gegen das Zentrum gegeben.

Der Stadtteil ist traditionell migrantisch geprägt, hier lebten viele, die nach dem griechisch-türkischen Krieg 1923 aus Kleinasien vertrieben wurden. Es gibt und gab viele Linke hier. Die offene Versammlung arbeitet mit den verschiedenen linken Strukturen in Athen zusammen. Der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus ist wichtig. Es hat mehrere Angriffe auf Pakistani gegeben. Die angreifenden Schlägertrupps setzen sich aus Griechen, Albanern und Ukrainern zusammen. Dies zeigt, dass der Faschismus ein Phänomen in vielen Ländern ist. Die Wahlen in vielen Ländern deuten darauf hin, dass Europa nach rechts driftet.

Die offene Versammlung ist europaweit gut vernetzt. Eine gute Verbindung gibt es nach Frankreich über die Gruppe »Solidarité pour la Santé France-Grece«. Auch nach Spanien gibt es gute Kontakte. Angestoßen wurden diese Kontakte durch ein Treffen in Brüssel, zu der die »Europäische Linke (GUENGL)« im Europaparlament eingeladen hatte. Danach haben Treffen in Spanien, Italien und Griechenland stattgefunden. Erst vor kurzem war eine Gruppe aus Italien zu Gast.

In den letzten Jahrzehnten gab es starke Strukturveränderungen im Stadtteil. Die traditionelle Textilindustrie ist verdrängt worden. Jetzt dominieren Dienstleistungen. Junge Leute arbeiten heute überwiegend in Bars und Restaurants. Viele halten sich auch mit Schwarzarbeit über Wasser. Die traditionelle linke Dominanz im Stadtteil löst sich langsam auf. Besucher kommen von außerhalb in die Kneipen. Die Fußballzuschauer von AEK sind ein Wirtschaftsfaktor. Es gibt keine städtebauliche Planung. Der Neubau des Stadions markiert einen weiteren Einschnitt. Zusammen mit dem Stadion soll eine ›Shopping Mall‹ gebaut werden. Dafür soll ein Teil eines für die Erholungsqualität wichtigen Parks geopfert werden. Dieses Investoren-Interesse wird auch von der Regionalverwaltung unterstützt. Hauptinvestor ist der Präsident des Fußballvereins AEK, der auch schon wegen Schwarzhandel, illegalen Müllgeschäften und Schutzgelderpressung verurteilt worden ist: eigentlich ein Mafioso.

Die Fankultur hat sich unter seinem Einfluss stark verändert. Wegen Angriffen von Fußball-Hooligans von AEK musste die offene Versammlung die ursprünglich von ihr besetzten Räume aufgeben. Diese wurden von den Hooligans besetzt. Seither befindet sich die Versammlung fast auf der Flucht. Sie hat keinen festen Treffpunkt mehr, sondern muss sich immer neu verabreden. Heute Abend sind sie in den Räumen der Solidarischen Arztpraxis untergekommen.

Auch die Kirche hat ökonomische Interessen an der Verwertung von Grundstücken. Die Menschen, die Widerstand leisten wollen, werden eingeschüchtert. Die neuen Shoppingmalls zerstören die traditionellen Einkaufsgebiete mit kleinen Geschäften und Kneipen. Sie zerstören die soziale Struktur in den Stadtteilen. Selbst die antike Akademie Platons soll einem Mallprojekt weichen. Ein Mitglied unserer Gruppe weist darauf hin, dass eine ähnliche Entwicklung in Istanbul 2013 zu den Gezi-Park Protesten geführt hat.

Bei den Übergriffen der Faschisten schaut die Polizei oft tatenlos zu. Bei einem Angriff auf eine ANTARSIA-Veranstaltung (eine linke Partei) im Juni, hinderte sie Unterstützer daran den Angegriffenen zu Hilfe zu kommen. Jeder Versuch, im Stadtteil eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, wird von den Hooligans angegriffen. Der Terror führt zu einer Einschüchterung der ganzen Bevölkerung. Ein Fanclub von AEK, der sich »Ghettoclub« nennt, besetzt den öffentlichen Raum mit faschistischen Symbolen. Eine von diesem Club aufgerufene Versammlung wurde offiziell verboten. Trotzdem sind deren Mitglieder dort mit Waffen aufgetreten. Sie kamen mit Äxten und Hämmern. Unter dem Logo des Clubs steht in deutscher Schrift die Losung: »AEK über Alles«. Der Stadtteil wird buchstäblich terrorisiert.

Eine Ärztin berichtete uns noch über die Arbeit der solidarischen Praxis. Hier haben sich ganz unterschiedliche Menschen zusammen gefunden, die durch gemeinsame Kämpfe zusammen gewachsen sind. Die Praxis entstand aus der Notsituation, die durch den Zusammenbruch des Gesundheitswesens entstanden war. Zuerst wurden hauptsächlich Medikamente verteilt. Als die Syriza-Regierung 2015 verfügte, dass jeder Zugang zum Gesundheitswesen gaben solle, egal, ob versichert oder nicht, standen sie vor der Frage: Zumachen oder nicht?

Aber die Gesundheitsversorgung wurde in der Folge auf Druck der Europäischen Union noch weiter abgebaut. Die solidarische Praxis führten sie deshalb weiter. Ein Ziel ist die Bewohner zu mobilisieren, um am Widerstand teilzunehmen. In der Praxis geht es um Erstversorgung. Ihre Forderung ist, dass der Staat eine hinreichende Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung gewährleistet. Die medizinische Versorgung von Geflüchteten wurde vom griechischen Staat weitgehend den NGOs überlassen. Diese NGO Aktivitäten sind oft konzeptlos. So sieht die solidarische Arztpraxis ihre Aufgabe darin, die medizinische Erstversorgung der Flüchtlinge zu verbessern, dadurch, dass sie auch für Impfungen zu sorgen.

Hintergrund

Der Chef von AEK heißt Dimitris Melissanidis. 2012 verkündete er die Pläne für ein neues erweitertes Stadion, kombiniert mit einem Einkaufszentrum und allem möglichen »Schnickschnack«. Ein »Monte Carlo« in Nea Filadelfia soll es werden.

In die Bebauungspläne einbezogen ist ein Park, von dem 26 Hektar geopfert werden sollen. Die Nutzung der Fläche wurde ihm für 49 Jahre zugesagt. Bis 2012 stand der Park teilweise unter Schutz. Ein neues Gesetz (N4277) ermöglicht es, weitere drei Hektar der Fläche des Parks der Bebauung zu opfern. Die Pläne waren nach Protesten zunächst eingefroren. 2014 wurde das Gesetz ratifiziert. In der öffentlichen Debatte wollte Syriza -damals noch Opposition- das Gesetz verhindern. Jetzt wurde bekannt, dass Melissanidis 35 Millionen Subventionen von der Europäischen Union erhält und weitere 20 Millionen vom griechischen Staat.

In den großen Sport-Immobiliengeschäften sind auch andere Oligarchen aktiv. Der Reeder Vangelis Marinakis ist der Chef von Olympikos Piräus. Er gilt auch als Drahtzieher im Drogengeschäft. Yannis Alafouzos ist Reeder und Medienzar (Skai). Er ist Chef von »Panathinaikos Athen«. Er bekommt die Möglichkeit das »Olympic Athletic Center in Marouzi« zu bauen. Ivan Savidis, russischer Oligarch und Größe im Tabakgeschäft, kaufte 2012 den Fußballklub PAOK Thessaloniki und ein Luxusressort. Vor den organisierten Anhängern der Vereine stellen sich die Klubchefs gern als philanthropische Sponsoren dar. Sie gewinnen so ein wahres Heer an treuen Anhängern.

Aus telepolis: https://www.heise.de/tp/features/Griechenland-Der-Ball-rollt-nicht-3301560.html

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Probeexemplar gewünscht?
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 12/17 u.a.:
- Anton Kobel: »Enteignet die Schleckers!« – Privateigentum, kriminelle Energien, klasse Justiz
- Nadja Rakowitz: »Konsumkritik« – Ein Irrweg der Kapitalismuskritik?
- Kirsten Huckenbeck: »Und morgen geht dann die Sonne auf?« – IGM-Tarifrunde für mehr Geld und Wahloption bei der Arbeitszeit
- Robert Schlosser: »Von Fall zu Fall« –Schon wieder nur »Missmanagement« bei Siemens?
- »Klassenbündnis mit Widersprüchen« – Panagiotis Sotiris im Gespräch mit Thomas Goes über die Lage in Griechenland
- China Labour Bulletin: »Wir bereuen nichts« – Ein Jahr Kampf der Leiharbeiter bei VW in China

Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de · www.express-afp.info

DER KAMPF GEGEN GOLDBERGBAU GEHT WEITER.

Laufen für die Umwelt

▲ Marathon gegen den Goldabbauin Megali Panagia auf Chalkidiki. Die Strecke verläuft um den Berg, der abgetragen wird.

Foto: Reisegruppe »Gegen Spardiktat und Nationalismus«

Die Einladung vom Kampfkomitee Megali Panaghia zum Marathonlauf gegen den Goldbergbau teilzunehmen, passte nicht nur uns gut ins Konzept. Auch die GenossInnen aus dem Dorf konnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum Einen dieses wichtige Ereignis, das jährlich stattfindet, zu organisieren, zum Andern uns als internationale Gäste zu treffen.

HANS KOEBRICH, BERLIN

Wir teilten uns auf: zwei von uns nahmen an einem symbolischen Lauf teil, ein fünf km langer Parcours, der rund um das Dorf führte und an dem auch einheimische Kinder und Jugendliche teilnahmen. Die Anderen gingen mit Streckenposten in den Wald auf die Strecke des großen Marathon, der quer-wald-ein auf einer 28 Kilometer langen Route rund um den Berg führt, wo der Tagebau den Wald in eine Mondlandschaft verwandelt. Im Dorf gibt es währenddessen ein Volksfest mit Imbissständen, mit kostenlosem Essen, Kaffee und Kuchen, mit T-Shirt- und Bücherständen und einer bunten Menge an Zuschauern. Allerdings, so betonten TeilnehmerInnen, die wir später in Thessaloniki trafen, deutlich weniger als in den Jahren davor, als der Widerstand gegen den Goldbergbau große Solidarität aus ganz Griechenland erfuhr.

Am folgenden Abend nehmen wir an der Sitzung des Thessaloniki Komitees gegen Goldbergbau teil. 15-20 Leute treffen sich in einem kleinen Ladenlokal. Sie freuen sich über unseren Besuch, den sie als Unterstützung wahrnahmen und geben bereitwillig Auskunft. Die Bewegung hat sich von der Enttäuschung der Hoffnung, die sie in die linke Syriza gesetzt hatte, noch nicht erholt. Einige, wie wir sehen konnten, kämpfen weiter, aber viele, die früher dabei waren bleiben einfach zu Hause.

Der jüngste Coup des kanadischen Konzerns »El Dorado Gold« war die Drohung, die Investitionen aus Griechenland ganz abzuziehen, wenn die fehlenden Genehmigungen aus der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erteilt werden. Syriza knickte ein und machte umgehend ein Verhandlungsangebot an den Konzern. Daraufhin zog dieser seine Drohung wieder zurück. Ein billiges Spiel. Begleitet wurde dies noch durch eine Demonstration von Minenarbeitern, die ganz auf der Seite des Konzerns standen, vor dem Umweltministerium in Athen. Sie hielten sogar kurze Zeit das Gebäude des Ministeriums besetzt. Dem Konzern ist es gelungen eine tiefe Spaltung in die Dorfbevölkerung zu tragen.

Inzwischen hat sich dieser Riss vertieft. Er geht quer durch die Dörfer, sogar durch die Familien. Die Leute reden nicht mehr mit einander und es ist schwer vorstellbar, wie diese Kluft überwunden werden kann. Das Verhalten der gelben Gewerkschaft ist eine wesentliche Ursache dafür. Es kam schon zu körperlichen Angriffen von Bergarbeitern gegen die Umweltschützer. Unterstützt werde sie dabei von den Faschisten von Chrisi Avghi. C.A. Hat gute Beziehungen zu dem Unternehmen und kann dadurch Jobs verschaffen. Das vergrößert ihren Einfluss in der Region. In den Dörfer ist die Mehrheit für den Goldbergbau. An der Küste ist die Mehrheit dagegen.

Früher hatten die Bergarbeiter einen normalen Umgang mit den UmweltaktivistInnen. Es war klar, dass es unterschiedlich Beschäftigungsmöglichkeiten gab.

Der industriellen Entwicklung wird in Griechenland aber besonderer Vorrang eingeräumt. Auf einem Gebiet von 30 Quadratkilometern wurden Bergbaukonzessionen erteilt. Neben dem Bergbau zählt auch das Pipeline Projekt Southstream zum »majori investment«- zu den strategischen Investitionen. Überall im Land sind bereits Baustellen dafür zu sehen.

Die Frage nach den ökonomischen Alternativen sehen unsere Freunde des Komitees entspannt. Es gibt eine reichhaltige Natur, eine ländliche Gegend, die entwickelt werden kann. Traditionell wurden Oliven, Obst und Gemüse angebaut. Die Gegend ist berühmt für den Honig. Es gibt Fischfang an den Küsten: All diese Produkte könnten auch für den Export genutzt werden.

In der vergangenen Woche hat ein Umweltfestival stattgefunden das auch mit großen Hürden zu kämpfen hatte. Plakate wurden heruntergerissen und die Geschäftsleute verweigerten die Unterstützung. Die starke Bewegung ist in der Versenkung verschwunden, doch die harten Kerne, wie das Kampfkomitee in Megali Panaghia machen weiter.

AKTIVIST*INNEN KÄMPFEN ENERGISCH FÜR DAS RECHT AUF WOHNEN

Ich zahle nicht!

Der Kampf gegen die Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen und kleinen Läden in Griechenland geht in eine neue Runde. Auch weiterhin werden Gerichtsverhandlungen entschlossen blockiert und es kommt zu landesweiten Aktionen.

BJÖRN TVÄTT, BERLIN

Historisch gesehen besitzen in Griechenland circa 80 Prozent der Menschen ihre Wohnungen und Wohnhäuser selbst. Ganz im Gegensatz zur deutschen Mieter*innengesellschaft. Mit dem Anstieg der Immobilienpreise in den 1990er Jahren wurden zunehmend mehr Menschen gezwungen Kredite aufzunehmen, um sich die eigenen vier Wände finanzieren zu können. Mit dem Beginn der Krise stieg der Anteil nicht bedienter Kredite von rund fünf Prozent auf über 50 Prozent massiv an. Neben Steuerschulden oder Schulden durch Strom, Wasser oder Krankenversicherung führten diese Kreditschulden dazu, dass die Menschen Hypotheken auf ihre Wohnungen aufnahmen.

Von 2008 bis 2013 existierte deshalb ein Gesetz, welches den Erstwohnsitz im Schuldenfall vor dem Zugriff der Banken schützte. Neben diesem Gesetz existierte seit 2010 das sogenannte Katseli-Gesetz, welches überschuldete Privatpersonen entlasten sollte. Damit konnte ein gerichtlich festgelegter Schuldenplan auch gegen die Gläubiger*innen durchgesetzt werden. Die vielen Ausnahmen bei der Anwendung der Regel und die Abhängigkeit vom Gutdünken der Richter*innen schreckte viele, vor allem ärmere Menschen davon ab die finanziellen Mittel und psychische Kraft aufzubieten und sich durch das Verfahren zu kämpfen. Dies ist verständlich, denn nur etwa die Hälfte der Verfahren endeten positiv. Eindeutige Zahlen wie »hilfreich« das Katseli-Gesetz ist, veröffentlicht die Gruppe »Drómos Anoichtós« (Offene Straße) regelmäßig (http://www.dromosanoixtos.gr). Bei der Auswertung der landesweiten Auktionen stellten sie fest, dass oft mehr als 60 - 70 Prozent unter dem Richtwert von 300.000 Euro liegen, die das Gesetz vorgibt.

Auf Drängen der Troika wurde das erste Gesetz letztlich ersatzlos gestrichen und durch einen mündlichen Kompromiss zwischen Staat und Banken ersetzt. Daraufhin kam es zu einem ersten landesweiten Vernetzungs- und Strategietreffen von Initiativen gegen die zunehmend stattfindenden Zwangsversteigerungen. Dort wurden drei zentrale Forderungen aufgestellt. Neben einem allgemeinen Recht auf Wohnen konzentrierten diese sich auf die Neuverhandlung der Kreditkonditionen sogenannter roter Kredite. Damit sollten die Bedingungen einerseits an den aktuellen Lohn angepasst werden. Andererseits sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Banken durch umfangreiche staatliche Subventionen bereits zu Beginn der Krise für ihr Risiko auf Grund der roten Kredite entschädigt wurden.

Mit dem Ziel aufzuzeigen, dass nicht die oder der Einzelne Schuld hat, sondern Krise und Memoranden zur Zuspitzung der persönlichen Schuldensituation führten, organisieren die zahlreichen Initiativen gegen Zwangsversteigerungen immer wieder Veranstaltungen und erstellen Broschüren, um über strukturelle Hintergründe, Möglichkeiten des Widerstands aufzuklären.

Die Gründung einer Vielzahl von Initiativen und die kontinuierliche Arbeit haben Erfolg. Nach eigener Aussage konnten im Oktober rund 90 Prozent der wöchentlich circa 240 stattfindenden Zwangsversteigerungen in ganz Griechenland verhindert werden. 40 Prozent dieser Versteigerungen sollten in der Hauptstadtregion Attika stattfinden.

Da viele der Gesetze zum Schutz der Betroffenen bereits abgeschafft oder relativiert wurden, versucht die Regierung in Kooperation mit der Troika nun aktiv gegen die Bewegung und ihre Aktionsformen vorzugehen.

Einige Aktivist*innen der Bewegung werden durch Polizei und Justiz massiv verfolgt und eingeschüchtert. Außerdem sollen die Versteigerungen sukzessive elektronisch abgewickelt werden, um die bisher sehr erfolgreichen Blockaden der Gerichte zu umgehen. Bereits zum 1. September sollte damit begonnen werden. Ende November starteten nun die ersten Online-Auktionen. Auch der kürzlich beschlossene strengere gesetzliche Schutz von Notaren ist hier zu erwähnen, denn zuletzt hatten sich einige Notarsverbände auf Druck der Bewegung geweigert Auktionen durchzuführen. Nicht zuletzt läuft Ende 2017 auch das bereits angesprochene Katseli-Gesetz aus. Damit existiert de facto keine Rechtsgrundlage mehr, um privaten Wohnraum vor den Gläubiger*innen zu schützen.

Trotz dieser düsteren Aussichten zeigten sich die Aktiven zuversichtlich. Sie wollen weiterhin Druck auf die Notare und Banken ausüben, um diese an der Durchführung dieser Form der Enteignung von Oben zu hindern. Auch wollen sie erreichen, dass der Staat und die Syriza-Regierung seine Angriffe auf die Bewegung beendet und endlich den Erstwohnsitz aller Menschen gesetzlich schützt.

Das Thema der Zwangsversteigerungen und der Enteignung von Wohnraum ist allerdings kein griechenlandspezifisches. Das hat auch die Bewegung erkannt und versucht eine engere Vernetzung mit Initiativen aus anderen europäischen Ländern aufzubauen. Dies scheint nur konsequent, denn auch die Gläubiger*innen sind global organisiert.

Björn Tvätt - Stadtpolitischer Aktivist aus Berlin und regelmäßiger Leser des linksradikalen Blogprojekts Lower Class Magazine.

ANZEIGE

AUS DEM EHEMALIGEN ATHENER FLUGHAFEN ELLINIKÓ WIRD EIN LUXURIÖSES KÜSTENRESORT

Kasino statt Wohnraum

Unter dem Druck der Memoranden wurde die Privatisierung des ehemaligen Flughafens Ellinikó gerichtlich beschlossen und das 620 Hektar große Gelände zum Spottpreis verkauft. Um über die Zukunft des Geländes mehr zu erfahren, trifft sich die solidarische Griechenlandreisegruppe »Gegen Spardiktat und Nationalismus« mit dem Stadtplaner und Aktivisten Phaidon und der renommierten und linksradikalen Architekturprofessorin Eleni Portaliou am großen Strand des nun privatisierten, ehemaligen Flughafens.

ERNA KERN, BERLIN

Das Gelände und die leerstehenden Hallen des ehemaligen internationalen Flughafens der Region Attika wurden vorübergehend als Solidarische Klinik, Notunterkunft für Geflüchtete oder als Filmkulisse genutzt. Seit 2001 ist er stillgelegt und stand leer. Als 2015 mehr als eine Million vor Krieg flüchtender Menschen in Griechenland strandeten, wurden 3.500-6.000 Menschen im Flughafengebäude und in den angrenzenden Hallen unter miserablen Bedingungen untergebracht. Ausgelegt war dieses Lager lediglich für 700 Menschen. Rund 1.000 Geflüchtete traten dort in den Hungerstreik, um gegen die Zustände der Unterbringung und die Aussichtslosigkeit ihrer Lage zu demonstrieren. Kurz darauf wurde der Flughafen geräumt und viele der Menschen wurden, gegen ihren Willen, in abgelegene Lager mitten auf dem Land gebracht.

Mehr als sechs Jahrzehnte lang war es der einzige Verkehrsflughafen der Region Attika, bis für die Olympiade 2004 in Athen ein neuer gebaut wurde. Da es in der Gegend keine großen Grünflächen gibt, war die ursprüngliche Idee die Errichtung des größten Parks der Region. Im Jahr 2004 gab es bereits Pläne für dieses Vorhaben. Hier sollten auch 450 Gebäude mit bezahlbaren Wohnungen entstehen. Auch Syriza war vor der Wahl gegen die vollständige Bebauung und es gab eine große Protestbewegung gegen große Investoren. Dann kam die Krise und die Memoranden der Troika. Griechenlands erzwungenes Privatisierungsprogramm ist ein elementarer Bestandteil der Memoranden, wodurch der griechische Staat und die Bevölkerung skrupellos ausgeplündert werden können. Syriza setzte dem nichts entgegen. Bestehende Gebäude mussten aus der Hand gegeben werden und nach dieser Enttäuschung wurde es schwieriger, die Bewegung gegen die Privatisierung des Flughafengeländes weiterhin zu mobilisieren.

Als wir uns dem Meer nähern, steigt uns ein eindringlicher, unangenehmer Gestank in die Nase. Eine schwarze ölige Masse bedeckt das Wasser. Schwarze Säcke säumen den Strand und ein kleines Boot entfernt mit mechanischen Mitteln den Ölfilm, welcher durch Bojen abgefangen wird. Zwei Wochen nachdem das Tankschiff Agia Zoni II vor der Insel Psyttaleia im Saronischen Golf aus unbekannten Gründen gesunken ist und mindestens 300 Tonnen Öl und Diesel ins Meer geströmt sind, sind hier, wenige Kilometer entfernt, die katastrophalen Auswirkungen deutlich zu sehen.

Phaidon zeigt uns die nun von Öl bedeckte Küste und versucht uns einen Überblick über das riesige Gelände zu geben. Er zeigt uns, wo an der Küste luxuriöse Hochhäuser entstehen sollen. Noch steht hier ein Wald aus Palmen, welche im Sonnenuntergang golden schimmern. Er erzählt, dass der 40 Hektar große Wald vom Staat nicht als solcher anerkannt wurde und nun gänzlich dem Bauvorhaben weichen soll. Auch eine prähistorische Siedlung in der Nähe wird durch den Bau eines hoteleigenen Hafens zerstört. Neben einer Ausstellungshalle soll auch eine private Universität gebaut werden, ein Casino sowie Hotels und Luxuswohnanlagen sollen hier bald entstehen.

»Eine neue, private Stadt wird hier gebaut« sagen uns die Aktivisten des Protests gegen die Bebauung des Geländes und fordern einen Park der auch antike Bauten schützt oder einbindet: »Am Ende bleibt nur ein Drittel der Fläche wirklich grün und diese private Stadt wird auch schlechte ökologische und finanzielle Auswirkungen, besonders auf kleine und mittelständische Unternehmen in Athen haben. Auch den Tourismus in Athen wird es treffen« betonen die Beiden und fügen hinzu: »All dies wird getan, obwohl es ein Verbot gibt, die Küste weiter zu bebauen.«

Trotz internationaler Ausschreibungen wurde das Grundstück letztendlich für nur 915 Millionen Euro an den griechischen Immobilieninvestor Lamda Development verkauft. Das Unternehmen will zusammen mit der chinesischen Firma Fosun und einer weiteren in Abu Dhabi ansässigen unter dem Namen Global Investment Group mehr als acht Milliarden Euro investieren. Zwei unabhängige Gutachter*nnen schätzen den Verkaufspreis auf das zwei- bis vierfache unter Wert.

»In den Medien werden Bilder mit viel Grünfläche gezeigt. Diese stimmen aber mit den realen Plänen nicht überein«, sagt uns der Stadtplaner und zeigt uns die richtigen Pläne auf dem vor allem die Wolkenkratzer herausstechen. »Einige glauben auch an das Versprechen neuer Arbeitsplätze.« Nach dem Aufbau wird dieses neue »Las Vegas oder Dubai« mit einer privaten Infrastruktur für GriechInnen aus der Region aber wohl eher keinen Platz zum dauerhaft leben und arbeiten bieten.

▲ **Am Strand beim ehemaligen Athener Flughafen Elliniko liegen Säcke mit Öl am Strand, wo ein Luxusresort entstehen soll.** Foto: Reisegruppe »Gegen Spardiktat und Nationalismus«

PRIVATISIERUNGEN

Griechische Flughäfen – ein Schnäppchen für Fraport

Als eine der wesentlichen Bedingungen für die Verlängerung der Zahlungen an den griechischen Staat wurde in den Memoranden die Privatisierung von griechischem Staatsbesitz festgelegt. Insbesondere Deutschland drängte darauf, eine Behörde nach dem Muster der deutschen Treuhandgesellschaft einzurichten. Vor zwei Jahren schloss der Flughafenbetreiber Fraport, der mehrheitlich der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gehört und seit 2001 an der Börse notiert ist, mit diesem Privatisierungsfonds einen Konzessionsvertrag über 40 Jahre ab. Dieser betrifft den Flughafen in Thessaloniki sowie die 13 lukrativsten Inselflughäfen, darunter Korfu, Kefalonia, Mykonos, Rhodos und Santorini, und bietet Fraport optimale Bedingungen.

MARC BUCH, BERLIN

Demnach wird er einmalig 1,2 Milliarden Euro und jährlich einen Mietzins von 22,9 Millionen Euro an den Taiped-Fonds zahlen, die wie bei der Privatisierung des Hafens von Piräus für die Schuldentilgung eingesetzt werden sollen. Fraport wird von der einheitlichen Immobiliensteuer (Enfia) sowie von kommunalen Gebühren befreit. Zudem werden drei neue Gebühren eingeführt, die an Fraport gehen. Er soll innerhalb der ersten vier Jahre Investitionen von 330 Millionen Euro tätigen, der griechische Staat hingegen soll für Schäden an den übertragenen Werten innerhalb der Laufzeit aufkommen. Für Umweltverträglichkeitsprüfungen und entsprechende Anpassungen der Ausrüstung haftet ebenfalls der griechische Staat. Fraport ist berechtigt, für Kosten oder entgangene Gewinne durch Änderungen des rechtlichen Rahmens wie beiArbeitsverträgen, Streiks oder Verzögerungen im Luftverkehr Entschädigungen zu fordern. Für Personen- und Sachschäden sowie für Todesfälle haftet ebenfalls der Staat und er muss auch für Entschädigungen von entlassenen Arbeiter_innen und für Firmen, die von Fraport gekündigt werden, aufkommen. Zudem ist er verpflichtet, die Erteilung von Visa und Aufenthalt von Arbeiter_innen außerhalb der EU zu erleichtern.

Ein »unabhängiger Ingenieur«, der von Fraport bezahlt wird, kann in Zukunft das gesamte Projekt beaufsichtigen und dabei Behörden wie die der Luftfahrt ersetzen. Dieser kann auch bei Streitigkeiten über Finanzen und Leistungen schiedsrichterlich einschreiten, wofür wiederum der Staat aufzukommen hat. Anhand seiner Gutachten fordert Fraport nun 70 Millionen Euro Schadensersatz für durchgebrannte Lampen, kaputte Türen, verschwundene oder nicht funktionierende Feuerlöscher. Diese Summe ist deutlich höher als die 45 Millionen Euro, die Athen mit dem Verkauf der Staatsbahn an die italienische Ferrovie Anfang September eingenommen hat oder als die 30 Millionen Euro, die die Regierung 2018 bei den Heizkostenzuschüssen für in Armut lebende Familien einsparen soll. Im Geschäftsbericht für die ersten neun Monate 2017 hat Fraport mitgeteilt, dass die seit April eingerechnete Tochter Fraport Greece etwa 180 Millionen Euro zum Umsatzanstieg auf 2,2 Milliarden Euro beisteuerte.

Treffen mit der Gewerkschaft

Als wir Dimitris Nanouris von der Gewerkschaft der staatlichen Angestellten des Flughafens (SYKATH) sowie der Federation der griechischen Arbeiter_innen der zivilen Luftfahrt (OSYPA) am Flughafen von Thessaloniki treffen, erzählt er uns, dass sie den gesamten Vertrag ablehnen und so auch letztes Jahr bei einer Pressekonferenz von Fraport erklärt haben, dass diese als Eroberer gekommen seien. Auch haben sie durch die aktuellen Forderungen von Fraport erfahren, dass statt der zugesagten 1,2 Milliarden tatsächlich nur 600 Millionen Euro gezahlt worden sind. Jedoch seien ihre Kapazitäten zu gering, um nach diversen Streiks weiter gegen den Vertrag zu agieren, und so setzen sie auf die Klage, die sie beim obersten Zivil- und Strafgericht eingereicht haben. Zuvor lag der Fall beim obersten Verwaltungsgericht, das sich jedoch für unzuständig erklärt hatte, da es eine politische Entscheidung sei. Seine Gewerkschaft ist für die Arbeiter_innen zuständig, die den gesamten Verkehr in der Luft kontrollieren und weiterhin vom Staat bezahlt werden. Daher haben sie kein Recht, für andere zu verhandeln und standen bisher auch noch nicht direkt in Kontakt mit Fraport. Bei dem Betreiber arbeiten die Menschen im Bodenbereich, überwiegend bei den Unternehmen Goldair Handling und Swissport. Dimitris sagt, dass sie 250-300 Euro im Monat verdienen und oft nur Verträge für einen Tag oder einen Monat haben. Fraport versuche außerdem, die Unternehmen zu ersetzen und bringt zuweilen eigene Arbeiter_innen vom kleineren Flughafen Kavala mit einer Fahrzeit von 2 Stunden nach Thessaloniki. Bei einem Treffen Anfang des Jahres in Berlin konnten die deutschen Betriebsräte von Fraport nicht glauben, dass es keine kollektiven Verträge gebe. Sie zeigten sich zufrieden mit dem Unternehmen, das die Tarifverträge einhalten würde. Sie könnten aber versuchen, ein gutes Wort einzulegen. Dimitris meint, dass alle Lohnabhängigen auf der Welt dasselbe Interesse hätten, diese in Griechenland mit 1,5 Millionen Arbeitslosen jedoch, anders als in den 1990er Jahren, sich nicht mehr gleichermaßen zur Wehr setzen können.

ANZEIGE

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

INTERVIEW MIT BIOBAUER STEFAN SCHUMACHER AUS EMTINGHAUSEN

Biologische Landwirtschaft im Kapitalismus

Laut dem »Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft« verzeichnet der deutsche Bio-Markt seit Jahren ein stetiges Umsatzwachstum. Gleichzeitig strömen immer mehr Konzerne auf den Markt und graben den einstigen Pionieren das Wasser ab. Im Rahmen einer Projektarbeit für das Freiwillige Ökologische Jahr beschäftigen sich Lars Rösch und Tobias Drews mit den Zukunftsperspektiven der ökologischen Landwirtschaft. Im Zuge dieses Vorhabens führten sie ein Interview mit Stefan Schumacher, der einen bäuerlich geführten Biohof südöstlich von Bremen betreibt..

LARS RÖSCH UND TOBIAS DREWS, EMTINGHAUSEN

Wann habt ihr auf Bio umgestellt?

Wir wirtschaften ökologisch seit 1999. Der Betrieb war vorher ein kleiner bäuerlicher, konventioneller Betrieb, der allein von meinem Vater bewirtschaftet wurde. Nach Abschluss meines Studiums zum Landwirt habe ich den Hof zusammen mit meinen Eltern auf Bio umgestellt. Wenn man, so wie wir, nur Schweine gemästet oder Ackerbau gemacht hat, ist die Umstellung sehr schwer. Man muss die Tierhaltung umstellen, das Futter umstellen. Man verliert einen kompletten Einkommenszweig und muss Ersatz schaffen. Das war bei mir der Gemüseanbau. Die Umstellungszeit ist per Richtlinie festgelegt. Im ersten Jahr musst du alles noch konventionell vermarkten. Man darf keine synthetischen, chemischen Pflanzenschutzmittel mehr einsetzen und keinen handelsüblichen Dünger. Alles, was du nach diesen zwölf Monaten pflanzt, musst du als Umstellungsware verkaufen. Und das geht zwei Jahre. Erst nach den zwei Jahren ist alles anerkannte Bioware. Das heißt, eine Umstellung dauert drei Jahre.

Was waren eure Beweggründe für die Umstellung?

Es gab viele verschiedene kleine Anlässe. Als ich mich mit dem Gedanken beschäftigte, was ich beruflich machen möchte, wollte ich in Richtung Landwirtschaft gehen. Ich habe eine Ausbildung auf einem kleinen, ganz normalen Bauernhof gemacht und dabei festgestellt, dass mir vieles nicht so gefiel: die Tierhaltung, die hohe Spezialisierung. Der Hof hatte nur noch Schweine und Ackerbau. Nach meiner Lehre bin ich auf die Suche gegangen und irgendwann auf einem Biobetrieb gelandet, der Gemüse angebaut und es selbst auf dem Wochenmarkt verkauft hat. Zeitgleich habe ich mich mit den Zuständen auf dieser Welt befasst und in der Entwicklungshilfe eines afrikanischen Landes gearbeitet. Dort habe ich mit Entsetzen festgestellt, dass wir den ganz falschen Weg gehen. Wir müssen nicht dort die Entwicklungshilfe leisten, sondern hier bei uns. Es sind nicht sie, die sich falsch benehmen, sondern wir. Dadurch bin ich ganz idealistisch auf die Bio-Landwirtschaft gekommen.

Bist du zufrieden mit der Entwicklung eures Betriebes und der Biobranche allgemein?

Schwierig. Ich bin zufrieden mit dem, was wir geschafft haben. Auch, dass wir es finanziell hinbekommen haben. Ich habe die Vermarktung selbst aufgebaut, und wir haben eine Alternative zur normalen Landwirtschaft geschaffen. Das hat funktioniert, weil die Zeit, in der wir umgestellt haben, noch gut dafür war. Wenn ich in die Zukunft blicke, bin ich eher pessimistisch. Das hat viele Gründe und die Ursachen kann man nicht nur an der Landwirtschaft festmachen. Auch ein Biobetrieb muss wirtschaftlich arbeiten. Obwohl wir die ökologischen Rahmenbedingungen verbessert haben, leben und arbeiten wir im gleichen Wirtschaftssystem wie die normale, konventionelle Landwirtschaft. Und das bedeutet, dass man sich zunehmend spezialisieren muss. Denn die Preise, die wir für unsere Produkte bekommen, sind viel zu niedrig, auch wenn sie den Verbrauchern hoch vorkommen. Gerade im Gemüseanbau wird viel mit der Hand gearbeitet, wodurch man viele Arbeitskräfte braucht, die auch bezahlt werden müssen. Was mir Unbehagen bereitet, ist, dass die Ansprüche der Menschen immer höher werden, aber immer weniger Menschen bereit sind, dafür selbst etwas zu leisten.

▲ Auf dem Bio-Hof von Stefan Schumacher wird ein großer Teil des Gemüses im Folientunnel angebaut. Foto: Lars Lörsch

Vor 30 oder 40 Jahren hatte jeder einen Bezug zu einem Bauern. Die Großeltern haben häufig selbst angebaut oder Tiere gehalten. Heute arbeitet nur noch ein kleiner Teil der Menschen in der Landwirtschaft. Wir leben in einer Industriegesellschaft – der Verbraucher ist dazu erzogen, dass es alles immer und überall gibt und alles perfekt aussehen muss. Früher durfte ein Bioapfel noch eine Stelle haben, eine Möhre musste nicht gerade sein. Obwohl diese Produkte nicht so gut aussehen, wie es der Supermarktkunde erwartet, sind sie trotzdem gesund und schmecken.

Diesem Perfektionsanspruch können wir gar nicht gerecht werden, weil wir ja ökologisch wirtschaften und uns viele Hilfsmittel der konventionellen Landwirtschaft gar nicht zur Verfügung stehen.

Außerdem gibt es so einen Trend, dass jedes herkömmliche Produkt auch in Bio angeboten werden muss. Ich wollte das nie! Muss es sein, dass es zehn verschiedene ökologische Fruchtschorlen gibt? Es gibt eingepackte Bio-Schokoweihnachtsmänner, eingepackte Osterhasen – das ist nicht der Weg, den man gehen wollte und sollte. Dadurch, dass wir nun Bio-Produkte in den Supermärkten haben beziehungsweise die Leute diese Produkte in den Supermärkten kaufen wollen, dadurch bekommen wir denselben Verdrängungswettbewerb, den die konventionelle Landwirtschaft hinter sich hat. Und die Ansprüche an uns kleine Betriebe werden so lächerlich hoch, dass wir diese nicht auf Dauer einhalten können. Das wird früher oder später dazu führen, dass wir kaum noch in bäuerlicher Art und Weise Nahrungsmittel produzieren, sondern auch im Biobereich nur noch industriell. Das ist kaum jemandem bewusst, und darüber wird auch viel zu wenig geredet.

AKW-Grundmemmingen abschalten – Block B ist vom Netz

Der Block B des Kernkraftwerks Grundmemmingen ging am 31. Dezember vom Netz. Mit der Forderung: »Wer B sagt, muss auch C sagen!« forderte ».ausgestrahlt - gemeinsam gegen Atomenergie Umweltinstitut München e.V.« das endgültige Aus für das AKW-Grundmemmingen. Mit 40.000 Unterschriften wollte die Initiative .ausgestrahlt eine Abschaltung auch des Reaktorblocks C schon für das Jahr 2017 erreichen.

Mit einer Mahnwache begleiteten AtomkraftgegnerInnen die Abschaltung. Mit einem weinendem und einem lachenden Auge, denn Block C soll noch bis zum Jahr 2021 weiter betrieben werden. Und Grundmemmingen soll als Zwischenlager bestehen bleiben.

ANZEIGE

WIE GEFLÜCHTETE FRAUEN SICH SELBST ORGANISIEREN

Expertinnen aus Erfahrung

▲ Selbstorganisierte geflüchtete Frauen schaffen sich durch den Verkauf von Strickwaren ein eigenes Einkommen. Ihre Erfahrungen geben sie an andere Frauen weiter.

Foto: Giovanni Lo Curto

Frauen mit Gewalterfahrungen und mit Fluchterfahrung sind auch Expertinnen ihrer Situation. Tausende von ihnen leben in Deutschland. Mit entsprechender politischer und finanzieller Unterstützung wären viele von ihnen besser in der Lage, sich und andere zu stärken. Als Experts by Experience können sie aktiv dafür sorgen, dass sich ihre Lebenssituation und die anderer Frauen verbessern. Mit Mary de Caro und Hélène Batemona-Abeke aus Köln stellen wir zwei von ihnen vor.

VON BRITT WEYDE, KÖLN

Die 46-jährige Hélène Batemona arbeitet als Diversity-Trainerin und Beraterin für Psycho-Traumatologie. Bevor sie sich selbständig machte, hat sie Jahre lang bei der Diakonie in Köln gearbeitet und Gesundheits- und Sozialberatung für Frauen aus dem südlichen Afrika gegeben. Dann kam der Vorschlag, Frauengruppen zu begleiten. Einmal in der Woche gab es im Gesundheitsamt den sogenannten Montagstreff, zu dem Frauen aus afrikanischen Ländern kamen. Er sollte einen Schutzraum für sie anbieten, damit sie einen unbeschwerten Nachmittag mit ihren Kindern verbringen können. Die Frauen sammelten Themenvorschläge, die sie interessierten, woraufhin entsprechende Fachreferentinnen eingeladen wurden.

Während Hélène als studierte Sozialarbeiterin diese Gruppe leitete, rutschte die 62jährige Mary de Caro eher zufällig in die Rolle einer Beraterin. Wie Batemona-Abeke lebt auch sie seit über zwanzig Jahren in Deutschland: »Seit meinem ersten Tag hier habe ich versucht, Probleme auch für andere zu lösen, obwohl ich am Anfang selbst keine Ahnung hatte. In Kenia war ich in der Frauengruppe Maendeleo ya Wanawake aktiv. Hier war ich mit neuen Problemen konfrontiert: Da wird zum Beispiel eine Frau von ihrem Mann rausgeworfen und es ist eiskalter Winter. Die Frauen kommen zu mir und ich höre erst mal geduldig zu, dann finde ich eine Lösung.« Die Probleme der Frauen beziehen sich auf Papierkram, Behördengänge, Krankheiten – praktische Alltagshilfe ist gefragt. »Auch Fragen zu Erziehungskompetenz sind Thema«, erzählt Hélène, »der erlernte Erziehungsstil ist nicht eins zu eins auf Deutschland übertragbar. Oder der Umgang mit Konflikten und Gewalt in der Beziehung…«

Auch sexualisierte Gewalt ist ein Thema, wie Batemona-Abeke berichtet: »Viele Frauen waren noch nie bei einer Gynäkologin. Sie wussten nicht, wie es ist, auf einem Untersuchungsstuhl zu sitzen oder wofür all die Utensilien da sind. So haben wir den Besuch in einer gynäkologischen Praxis organisiert, in einer entspannten Situation, nur unter Frauen. Schließlich haben viele Frauen Gewalterfahrungen gemacht. Beim Arzt wird dir innerhalb von fünf Minuten irgendein Gerät rein und raus gesteckt – das erschreckt die Frauen, besonders wenn sie sexualisierte Gewalt erfahren haben. Bei dem Besuch hatten sie die Möglichkeit, die Instrumente kennenzulernen und Fragen zu stellen.«

Mary de Caro wird ebenfalls immer wieder mit erschütternden Geschichten konfrontiert: »Bei einigen jungen Paaren spielen sich richtige Katastrophen ab. Die Männer nehmen das Kindergeld, schlagen ihre Frauen, sagen ihnen, dass sie nicht arbeiten dürfen. Ich versuche die Betroffene zu überzeugen, mehr Abstand zu suchen, ein paar Tage wegzugehen. Ich will helfen, das Selbstvertrauen der jungen Frau wieder aufzubauen: Erst mal brauchst du Arbeit, zwei Stunden vielleicht, die Kinder gehen währenddessen in den Kindergarten.«

Unsicherheiten teilen

Um solche Gruppen zu leiten, braucht es besondere Kompetenzen. Petra Keller, Referentin für Fortbildungsprogramme bei der NGO »medica mondiale«, erzählt von einem aktuellen Projekt der Frauenrechts- und Hilfsorganisation: »Wir bieten speziell für diese Frauen Fortbildungen an. Sie bekommen zum Teil sehr belastende Geschichten mit.« Im Jahr 2015 erreichten die Organisation Anfragen von Fachkräften und Ehrenamtlichen: Sie fühlten sich unsicher im Hinblick auf das Thema Trauma. So hat »medica mondiale« 2016 über 200 Ehrenamtliche und Fachkräfte geschult, darunter auch die Experts by Experience wie Mary de Caro und Hélène Batemona-Abeke.

»Es wird nicht wahrgenommen, wie viel die Frauen leisten«, meint Keller. »Deswegen haben sie wenig Zugang zu Strukturen, zu Supervision, zu Qualifizierung. Dabei sind sie ganz nah dran an den Geschichten der Frauen.« Hélène Batemona-Abeke erzählt aus ihrer Montagsgruppe: »Es hat viel mehr Wirkung, wenn eine sagt: Ich war auch mal alleinerziehend, ich weiß, was es heißt, geschlagen zu werden, auch ich habe Gewalt erlebt, ich habe es trotzdem geschafft, ich bin stark. Das ist viel effektiver, als wenn eine Sozialarbeiterin sagt: ›Ich verstehe das, wir schaffen das, sei stark‹. Die Frauen identifizieren sich eher mit ihren Peers.«

Es handelt sich um Selbstorganisierung, die in migrantischen Communities schon immer stattgefunden hat. Bei den Fortbildungen geht es auch darum, einen Raum für Austausch und Vernetzung zu schaffen: »Viele Frauen kannten sich vorher nicht und waren auf sich allein gestellt. Außerdem ist Selbstreflexion wichtig: Was macht die ehrenamtliche Arbeit mit mir? Das große Engagement kann nämlich schnell in Überlastung oder Überforderung umschlagen. Für die Ehrenamtlichen ist es noch schwieriger, sich abzugrenzen, weil sie das ja nicht im Rahmen eines Jobs von acht bis siebzehn Uhr machen.«

Das kennt Mary de Caro sehr gut: »Bei den Gewalterfahrungen gibt es oft so ein Gefühl, dass du am liebsten das Mädchen mit nach Hause nehmen würdest. Und du denkst die ganze Zeit: Was kann ich noch tun?« Um sich selbst zu schützen, muss man das Helfen aber auch eingrenzen. »Für uns ist es noch schwieriger, weil wir ja in der afrikanischen Community leben», erklärt Hélène. »Ein Beispiel: Ich bete gerade in der Kirche und jemand stupst mich an: ›Wenn du fertig mit dem Gebet bist, möchte ich mit dir reden, weil ich nicht weiß, wo ich heute schlafen werde‹. Ich habe eine Methode entwickelt, mit der ich in der Frauengruppe meine verschiedenen Rollen erkläre: Ich bin Hélène. Wer bin ich in der Kirche? Ein Gemeindemitglied. In der Beratungsstelle bin ich Sozialarbeiterin. Wenn ich zuhause bin, bin ich Mutter für meine Kinder. Und wenn ich in einer Disco bin, habe ich Spaß und nichts mit Sozialarbeit zu tun.«

»Gewalt geht uns alle an«

Auch Mary de Caro musste die Kunst des Abgrenzens mühsam erlernen: »Früher war das eine Katastrophe. Heute bleibt mein Telefon unten, wenn ich nach oben ins Bett gehe.«- Für Hélène Batemona-Abeke ist der Grund für die ständige Erwartungshaltung folgender: »In der Kollektivgesellschaft wird erwartet, dass man sich gegenseitig hilft. Aber es muss mir gut gehen, bevor ich jemand anderen versorge.«

Die Fortbildung der Experts by Experience ist ein Pilotprojekt. Mit dabei sind Frauen aus Kenia, Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo und Vietnam. Eingeflossen sind Erfahrungen aus Auslandsprojekten von »medica mondiale«, etwa mit Selbsthilfegruppen in Liberia oder Afghanistan. Trainer*innen, die hierzulande zu Flucht und Migration arbeiten, steuerten ebenfalls Erfahrungen bei. »Wir wollten ein Gruppenangebot schaffen, das Stress- und Trauma-Sensibilität beinhaltet: Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit es nicht zu Re-Traumatisierungen oder Destabilisierung kommt?« erklärt Petra Keller zum Fortbildungskonzept. Der stress- und traumasensible Ansatz ist aus der feministischen Bewegung entstanden: »Dabei geht es nicht nur um individuelle Beratung und Stärkung oder ein rein klinisches Trauma-Verständnis. Der Ansatz untersucht, welche strukturellen Ursachen der Gewalt zugrunde liegen und wie die Gesellschaft strukturiert ist, welche Veränderungen nötig sind. Traumatisierung aufgrund von Gewalt ist kein individuelles Problem, sondern geht uns alle an und wirkt auf uns ein.«

In der Praxis ist das nicht immer einfach umzusetzen. Das meint auch Batemona-Abeke: »Die Frauen haben alle ihr Päckchen zu tragen. Ich als Fachfrau muss abwägen, ob ein Thema nicht die anderen Gruppenteilnehmerinnen eher belastet. Wenn ich Redebedarf feststelle, gehe ich in einen anderen Raum.« Bestenfalls gibt es eine weitere Kollegin, die dann die anderen beschäftigen kann. »Fachliche Begleitung ist einfach wichtig. Schließlich kann ein Trauma-Trigger jede Sekunde passieren. Das muss jemand auffangen.«

Fehlende Unterstützung »von oben«

Was gibt den beiden die Kraft, weiterzumachen? Die Antwort von Mary de Caro kommt schnell: »Wenn du jemanden von ganz unten holst und nach oben bringst – das ist das beste Gefühl.« Und welche Forderungen haben sie an die Politik? »Allein werden die Frauen das nicht schaffen«, so Hélène Batemona-Abeke. »Sie brauchen Finanzierung, etwa für Bewirtung, Materialien, Kinderbetreuung, Räume, wo sie sich treffen können. Die Politik sollte erkennen, welche wichtige Rolle die Experts by Experience bei der Stabilisierung von geflüchteten Menschen spielen. Dementsprechend sollten sie vergütet werden.«

Ihrer Meinung nach fehlt es an Unterstützung »von oben«: »Es kann nicht sein, dass nur ehrenamtlich Engagierte Verantwortung übernehmen. Manche waren überengagiert und sind am Ende in der Psychiatrie gelandet. Sie müssen auf ihre Aufgaben vorbereitet werden.« Auch mit den Ursachen müsse sich die Politik befassen: »Was sind die Fluchtursachen? Aus welchen Gründen genau bleiben die sogenannten ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ nicht in ihrem Heimatland? Wer hat was zuerst zerstört?.«

Britt Weyde ist Freie Journalistin und Redakteurin bei der ila (Informationsstelle Lateinamerika)
aus: iz3w Nr. 363, Nov./Dez. 2017
In der Handreichung »Peer-to-Peer: geflüchtete Frauen durch Gruppenangebote stärken« sind die Ergebnisse zusammengefasst. Kostenloser Download im Netz unter http://www.medicamondiale.org/fileadmin/redaktion/5_Service/Mediathek/Dokumente/Deutsch/Handbuecher/medica_mondiale_Handreichung_Peer_to_Peer_Gruppen_3.pdf

BUCHBESPRECHUNG

Berühmt in Schwaben

Der 1956 geborene Christoph Wagner berichtet in seinem Buch über die musikalischen Subkulturen in Baden-Württemberg; und hat unter anderem zu erzählen, dass die erste Deutschland-Tour von Black Sabbath nur aus Auftritten in der schwäbischen Provinz bestand.

BERND HÜTTNER, BREMEN

In den 1960er und 1970er Jahren gibt es zwischen Bodensee, Main und Neckar, angefangen von avantgardistischen Jazz-Kneipen über Open-Air-Festivals bis hin zu linken Jugendzentren und größeren soziokulturellen Einrichtungen ein dichtes Netz von Orten einer dissidenten Gegen- und Jugendkultur. Wagner stellt zum einen diese Orte vor, an denen damals (später dann sehr bekannte) Bands, wie Pink Floyd, oder auch The Who (1967 in Ludwigshafen) das einheimische Publikum begeistern. Dies ist eine Zeitreise nach Oberschwaben, nach Franken oder an die Donau. Zum anderen geht es um Künstler, die aus Baden-Württemberg kommen, und da gibt es selbst für von dort kommende Leser_innen, wie den Autor dieser Zeilen, doch erstaunlich viele. Dass Wolle Kriwanek, Wolfgang Dauner, Grachmusikoff dazu zählen, ist bekannt. Aber auch die Krautrocker von Guru Guru, um nur ein Beispiel anzuführen, oder Kraan und sogar die linksradikalen Polit-Rocker von Checkpoint Charlie sind im Süden beheimatet. Wagner nimmt alle in Frage kommenden Genres in den Blick: von Jazz und Folk über Hardrock und Liedermacher bis zum Beat und Dialekt-Rock. Mitte der 1980er bricht dann der Berichtszeitraum des Buches ab, und Wagner weist auch auf das schon vorher öfters vorkommende Ende von Musikkonjunkturen hin.

Die Texte sind gerade für GenerationsgenossInnen voller Nostalgie zu lesen, und haben (trotzdem) einen relativ hohen Informationsgehalt. Sie sind mit Zitaten und Anekdoten gespickt, die Wagner bei seinen Recherchen erzählt worden sind. So erfährt der erstaunte Leser schmunzelnd, dass Konzerte oft sonntags um 14 Uhr stattfanden, damit die zahlreichen BesucherInnen nach deren Ende noch per Anhalter zurück in ihre Dörfer trampen können.

Nach der Lektüre drängt sich wieder einmal die Frage auf, ob die KneipengründerInnen und JugendzentrumsaktivistInnen im Grunde nur eine andere Art von Gründerpersönlichkeiten waren als die damaligen konservativen, letztlich postfaschistischen Handwerker-Unternehmer und MittelständlerInnen der historischen CDU? Waren sie postfordistische Unternehmer, die schon länger als Grüne geräuschlos mit einem modernisierten CDU-Milieu zusammenarbeiten können? Das steht zu vermuten, muss aber an dieser Stelle offen bleiben. Ein umfangreiches Register erleichtert die Nutzung dieses reichhaltig und durchgängig farbig illustrierten Werkes.

Christoph Wagner: Träume aus dem Untergrund. Als Beatfans, Hippies und Folkfreaks Baden-Württemberg aufmischten; Silberbug Verlag, Tübingen 2017, 188 Seiten, 144 Abb., 24,90 Euro

REZENSIONEN

LASST SIE NICHT ERTRINKEN!

Das Buch »In Solidarität mit Migrant*innen auf See – 3 Jahre Alarm Phone« gibt Einblicke in dieses selbstorganisierte Callcenter, das seit Oktober 2014 Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer rettet. In europäischen und nordafrikanischen Ländern stellen Aktivist*innen mit unbezahlten 8-Stunden-Schichten sicher, dass die Alarmphone-Notrufnummer rund um die Uhr erreichbar ist. Anrufe kommen von Menschen, die in Seenot geraten sind, oder die sich um ihre Angehörigen auf der Flucht Sorgen machen.

Bei einem Notruf kümmern sich die Alarmphone-Aktiven darum, dass die zuständigen Küstenwachen eine Such- und Rettungsmission starten. Dabei kooperiert das Alarmphone mit anderen zivilen Rettungsinitiativen wie Sea-Watch oder Iuventa, die Rettungsboote betreiben, und mit dem Aufklärungsflugzeug Moonbird. Sie dokumentieren und veröffentlichen, was auf dem Mittelmeer geschieht, wie die Rettung oft verzögert oder verweigert wird, und wie versucht wird, Menschen an der Überquerung des Mittelmeers zu hindern. Zu diesem Zweck werden zunehmend auch militärische Mittel eingesetzt. Dabei wird regelmäßig gegen die Menschenrechte verstoßen und das Grundrecht auf Asyl missachtet.

Bei Alarmphone arbeiten Aktivist*innen mit und ohne Migrationshintergrund zusammen. Mehr als 1.840 Notrufe hat das Alarmphone in den drei Jahren seines Bestehens entgegen genommen. Viele Tausend Menschen konnten so vor dem Ertrinken gerettet werden. Jedoch mussten die Aktiven viel zu oft auch hautnah miterleben, wie Flüchtende ertrunken sind. Neben der Arbeit des Alarmphone wird im Buch auch die Situation auf den Hauptrouten über das Mittelmeer dargestellt. Interviews mit Aktivist*innen, die teilweise selbst geflüchtet sind, zeigen die Herausforderungen dieser Solidaritätsarbeit.

Die Forderung »Ferries statt Frontex« verdeutlicht, dass das Sterben im Mittelmeer sofort beendet werden könnte, wenn sichere Reisewege mit Fähren zugelassen würden. Menschen fliehen sowieso, sie haben oft keine andere Wahl, und Grenzen werden sie nicht aufhalten. Im abschließenden Beitrag »In welcher Gesellschaft wollen wir leben« plädiert Hagen Kopp, einer der Initiatoren des Alarmphone, für eine Politik der offenen Grenzen. Er zitiert aus einer Stellungnahme der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM): »Ja, es würden Hunderttausende kommen. Ihre Ankunft wäre für manche beunruhigend, aber sie wäre für niemand bedrohlich. Sie wäre das Konjunkturprogramm, das Europa so dringend braucht, und die Rücküberweisungen wären die wichtigste Aufbauhilfe für Afrika. … Fürchtet Euch nicht vor den Migrant*innen! Fürchtet Euch vor der Unmenschlichkeit!«.

E. V.

Alarm Phone: In Solidarität mit Migrant*innen auf See - 3 Jahre Alarm Phone, Selbstverlag 2017, 152 Seiten Das Buch gibt es bei Veranstaltungen oder auf Anfrage per Mail gegen Spende: wtm-alarm-phone@antira.info. Download: https://alarmphone.org/de/campaigns/in-solidaritaet-mit-migrantinnen-auf-see-3-jahre-alarm-phone/

NEUE ZEITSCHRIFT ZU URBAN GARDENING

Während eigentlich alle Tageszeitungen einen Abonnentenschwund beklagen, weil besonders Jüngere meinen, mittels Apps ausreichend informiert zu sein, boomen die bunten Bilder-Magazine, also das, was ehedem Illustrierte genannt wurde. Nun gibt es nach dem »Landleben«-Boom der letzten Jahre auch einen im Bereich des (alternativen) Kochens und Essens. Eine Besonderheit leistet sich in dieser Reihe der Deutsche Landwirtschaftsverlag (DLV) mit seinem neuen Zwei-Monats-Magazin »Food & Farm. Vom Feld auf den Teller«. Der trendige Titel greift die noch junge Praxis des »urban Gardening« auf; auch als Mitschwimmen im Trend. Immerhin geht es insbesondere mit der Rubrik »Weck den Farmer in Dir« um die Praxis des städtischen Buddelns, des selber Kochens und sogar Einmachens.

Das Blatt wendet sich besonders an junge Leute, Köche und »Stadtfarmer« aller Art, von denen es in Großstädten viele gibt. Auch die auf dem Land lebenden Lesenden dürfen mitmachen. Besonders im zwanzigseitigen Praxisteil gibt es Tipps, die jedem, der nicht Leser einer Kleingartenzeitschrift ist, viele nützliche Informationen liefert. An einer äußerst üppigen und größtenteils auch sehr ansprechenden Bebilderung wird nicht gespart. Unter dem Titel »Tierisch was los« wird im Herbstheft gezeigt, welche Kleintiere sich in unseren Hecken und wilderen Gartenecken tummeln. Anschließend wird unter dem Titel »Hecken zum Verstecken« vorgestellt, wie blühende und fruchttragende Wildholzhecken so angelegt werden können, dass sie Vögeln und anderen Kleintieren zur Nahrung dienen. Sympathisch sind Artikel über junge Köche, die mitsamt ihrer teilweise abgelegenen Landgasthäuser vorgestellt werden, wie der junge Koch vom »Forsthaus Strelitz« in Mecklenburg-Vorpommern.

Selbstverständlich geht es dem Magazin auch um neue Ernährungstrends. Im Sommerheft (Juli/August) werden Süßholz und Stevia als Alternative zum Industriezucker vorgestellt. In der Rubrik »Wissen« wird zudem vom Salzgemüse-Anbau in den Niederlanden berichtet. Eine Besonderheit ist in der Rubrik »Stadt und Land« das ständige Streitgespräch »Jetzt reden wir«, in dessen Rahmen sich jeweils eine städtische Journalistin mit einem (konventionellen) Bauern unterhält. Während sie als aufgeklärte Konsumentin an giftfreien Produkten mit bei der Produktion geringem Diesel-Öl-Input interessiert ist, erklärt er ihr die Zwänge, in denen die professionelle Landwirtschaft heute steckt.

Kurzum: eine ambitionierte Neuheit, die offenbar die neuen »Stadtbauern« besonders anspricht, die die heutige »do-it-yourself«-Bewegung bedient und bisher noch konventionell Einkaufende nicht außen vor lassen möchte. Durch die Lektüre des letzten Heftes (Nov./Dez.) erfuhr ich immerhin, dass es jetzt schon Weihnachtsbäume gibt, die hinterher nicht mehr weggeworfen werden müssen. Ich habe die Zeitschrift jetzt erwartungsvoll für ein Jahr abonniert.

Elisabeth Meyer-Renschhausen

»Food and Farm«, Zwei-Monats-Magazin, seit 2017 im DLV- Verlag München, Einzelheft 4,90 Euro; www.food-and-farm.com

URBAN GARDENING

Berlin ist bei Touristen wie auch jungen Leuten, Studierenden wie Künstlern extrem beliebt. Warum? Die Stadt ist arm, die Verdienste sind mager und die Erwerbslosigkeit ist hoch. Eventuell eben deshalb: in Berlin wenden unterbeschäftigte Diplomierte ihr Wissen in Bürgerengagement. Und das auch sichtbar: in Form von innerstädtischen Parks, Gemeinschafts-, Öko-, und Interkulturellen Gärten und Kinderbauernhöfen. Es ist vornehmlich zivilgesellschaftliches Engagement, dem die neueren grünen Lungen der Stadt zu verdanken sind. Wie etwa der Park auf dem Gleisdreieck in der Nähe des Potsdamer Platzes. Um den Erhalt des hier nach 1945 zunächst spontan gewachsenen wilden Grüns haben sich von der 1973 gegründeten »AG Westtangente« bis hin zur »AG Gleisdreieck« BürgerInnen 40 Jahre eingesetzt. Zum Schluss konnte der Bodeneigentümer, die Bahn resp. Folgebetriebe, zwar ein Drittel des Geländes bebauen, aber der Rest wurde zu einem heute extrem beliebten innerstädtischen Park, mit integriertem Interkulturellen Garten und Kleingartenanlage mit einem Outdoor Café.

Die meisten innerstädtischen Gärten beruhen auf reinem Ehrenamt und dienen vor allem der sozialen Integration disparater Nachbarschaften. So besonders der zu einer Ikone des innerstädtischen Buddelns gewordene Gemeinschaftsgarten »Allmende-Kontor« auf dem Tempelhofer Feld. Die Bilder der »Allmende-Gärten« vom ehemaligen Flughafen tauchen in jedem Bericht über die neue Gartenlust Berlins auf. Die Allmende-Gärten schmücken – meistens namenlos – Aufrufe zu Konferenzen und sogar Annoncen zur Grünen Woche. Ihrer Existenz und nicht zuletzt auch dem Namen – Allmende heißt englisch Commons und ist Programm – ist mit zu verdanken, dass die Berliner im Mai 2014 für den Erhalt des ganzen Feldes als Grünfläche gestimmt haben. Das mit sehr aussagekräftigen Fotos überaus ansprechend gestaltete Buch gibt einen Überblick über etwa 50 Interkulturelle Gemeinschafts-Gärten.

Über die Gartenbewegung ist auch urbane Agrarkultur im engeren Sinne entstanden: auf alten Gärtnereien und in Landschaftsschutzgebieten bauen junge Leute oder auch Behinderte erfolgreich in »Bauerngärtnen« oder im Rahmen einer »solidarischen Landwirtschaft« Gemüse an. Die Berliner Gartenarbeitsschulen aus der Zeit der Reformpädagogik der 1920er Jahre lehren die Kinder, wie Gemüse zu ziehen ist. Das Berliner Stadtbild ist seit über 100 Jahren von Kleingartenanlagen geprägt, von denen einige hier vorgestellt werden. Die Beispiele von Gartenstadt-Siedlungen machen deutlich, dass die Idee, sich durch Eigenarbeit und Gemüseanbau zu helfen, über 100 Jahre alt ist. Dazu kommen Berliner Besonderheiten, wie das Museumsdorf Düppel oder das Ökowerk am Teufelssee mit Ausstellung zum Thema Wasser. Das Buch stellt die Gärten entlang möglicher Fahrradrouten vor, so dass sie sich leicht per Rad erkunden lassen. Ein Buch, das sich gut eignet, verschenkt zu werden.

Torsten Reinsch

Elisabeth Meyer-Renschhausen: Urban Gardening in Berlin, Be.Bra Verlag, Berlin 2016, 192 Seiten, mit Abbildungen, 28 Euro.

DEN BODEN RETTEN?

Unsere Böden sind in Gefahr. Die Landwirtschaft des 20. Jahrhundert zerstört Böden und Klima und ist für die Menschheit nicht länger tragbar. Die Agrarindustrie zerstört die zarte Humusschicht, die die Erde umgibt und Garant für die Fruchtbarkeit des Mutterbodens ist. Die Fütterung der Menschen mit Fleisch aus Massentierhaltung verschlingt über die Hälfte der weltweiten Getreideerzeugung. Die Monokulturen zerstören zudem die Biodiversität, wodurch Agrarkultur künftig generell fraglich wird. Vor allem aber zerstört eine maschinenbestimmte Bodennutzung die Wasserkreisläufe. Verdichtete Böden ohne Wälder oder buschige Feldraine können kaum noch Regenwasser aufnehmen, was verdunstet. Die dadurch fehlenden kleinen Wasserkreisläufe lassen die Gletscher schmelzen und heben die Meeresspiegel.

Um diese Fehlentwicklung zu beenden, haben sich viele weltweit aufgemacht, das Ruder herum zu reißen. Sie gärtnern in Städten, gründen solidarische Landwirtschaften oder bilden Bodenfonds, um Junglandwirten einen Einstieg zu ermöglichen. Andere entwickeln ausgeklügelte Systeme von Weidewirtschaften, wo nach nacheinander Kühe, Hühner oder Schweine auf einem Landstück stehen und dieses anschließend einen sehr guten Ackerboden abgibt. In Südamerika blickt man mit Respekt auf die mehrgeschossigen Waldgärten, die Indigene Tausende von Jahren mit Erfolg betrieben haben.

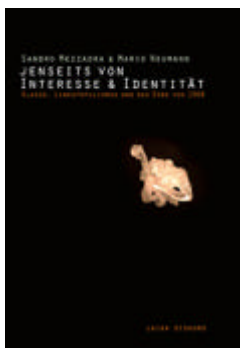
Das Buch »Die Humusrevolution« stellt in Form von Reiseberichten alternative Ansätze, den Boden wieder aufzubauen, in aller Welt vor. Initiativen wie Incredible Edible-Todmorden zeigen, wie eine ganze Stadt erfolgreich mit Gemüse bestellt werden kann. Kleinstädte wie Andernach können mithilfe von Arbeitslosen zu essbaren Städten verwandelt werden. Die Großstädte könnten generell wieder von einem Ring von Gärtnereien und Kleinbauernhöfen umgeben werden, auf denen GärtnerInnen im Zweiterwerb für den direkten Vor-Ort-Verzehr anbauen. Co-Autor Stefan Schwarzer betreibt selbst einen Permakultur-Garten. Die beiden wissenschaftlich ausgebildeten AutorInnen unterlegen die Versuche ihrer ProtagonistInnen mittels der Forschungsergebnisse einschlägiger Institutionen wie dem Rodals Institut in Pennsylvania (USA) oder dem Schweizer FiBL-Institut.

Das Buch bietet im Anhang eine lange Vorschlagsliste, was unmittelbar getan werden kann, für jeden einzelnen als auch für PolitikerInnen. Hübsch ist der abschließende kleine Ausblick von Hans Peter Rusch ins Jahr 2050: Die Menschen essen mehr im Anbau klimaverträgliche Nüsse, Früchte und Staudengemüse. Parkplätze samt Supermärkten sind in Urban Gardening-Projekte verwandelt worden, da keine/r mehr anonyme Lebensmittel kaufen möchte. Erwerbslose, Geflüchtete oder RentnerInnen können sich nun auch in den Städten ihr eigenes Gemüse anbauen.

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Ute Scheub/Stefan Schwarzer: Die Humusrevolution - Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswende schaffen, Oekom Verlag, München 2017, 235 Seiten, 19,95 Euro

KLASSEN- UND IDENTITÄTSPOLITIK



In den letzten zwei Jahren kommt es zu einer ernsthaften Debatte über Ziele und Mittel linker Politik. Viele fragen sich: Was bedeutet »wir« und »unten« heute eigentlich noch? Wer sind die Handelnden in den sozialen Kämpfen? Versuchen am »Linkspopulismus« ausgerichtete Politiken wieder die sogenannte »soziale Frage« und den Nationalstaat als Bezugsrahmen stark zu machen, plädieren Sandro Mezzadara und Mario Neumann in ihrem Essay für eine (neue) Klassenpolitik, argumentieren aber gegen den klassischen Linkspopulismus. Dies begründen sie einsichtig mit dem Bruch von »1968«, hinter den eine Linke heute definitiv nicht mehr zurück könne.

Der historische Bruch bestünde auf der Ebene der AkteurInnen darin, dass erstmals migrantische ArbeiterInnen, Frauen und Jugendliche in sozialen Kämpfen eine deutliche sichtbare und wichtige Rolle spielten und so eine Ausweitung der Kritik eingefordert hätten: Weg vom Marxismus und von der Fabrik als Zentrum linken Denkens, hin zu einer Kritik des ganzen Lebens. Insofern sei es kein Zufall, dass diese drei Akteursgruppen, die erst recht global gesehen, heute die Mehrheit der Arbeitenden stellen, in der autoritären Variante des Linkspopulismus heute absichtsvoll »vergessen« werden. Mezzadara und Neumann bieten eine sehr gute Übersicht über die Diskussion, beziehen Position und werfen Fragen auf, denen die (radikale) Linke sich stellen muss.

Bernd Hüttner

Sandro Mezzadara/Mario Neumann: Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968; LAIKA Verlag, Hamburg 2017, 72 Seiten, 9,90 Euro.

ANZEIGE

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

GWR Nr. 425, Jan. 2018:

Das weibliche Gesicht des Streiks

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

TRANSFORMATION

Das Wesen der Wandelbewegung
25. Januar 2018 (Hamburg)

Heute herrscht weitgehender Konsens, dass eine Transformation hin zu nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweisen unumgänglich ist. In der Frage allerdings, welche Wege dafür zu beschreiten sind, scheiden sich die Geister. Die Teilnehmer*innen sind dazu eingeladen, dem anstehenden ökosozialen Wandel offen ins Auge zu sehen - mit allen Konflikten, die er birgt, aber auch mit den Chancen und neuen Bündnissen, die sich aus ihm entwickeln können. Ein Workshop zum Gegen- und Miteinander in der Transformation.
Ort: Wälderhaus Wilhelmsburg, Am Inselpark 19, 21109 Hamburg
https://wechange.de/group/forum/event

Gesellschaftliche Transformation durch Fairen Handel?
01. - 03. März 2018 (Mainz)

Der Faire Handel ist in den 70er Jahren mit drei Zielen angetreten: benachteiligte Produzentengruppen zu unterstützen, das Verbraucherverhalten in Deutschland hin zu einem sozial orientierten Konsum zu verändern und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für »Dritte Welt«-Produzent*innen zu verbessern. Im Rahmen des Kongresses wollen wir über offene Fragen und neue Perspektiven diskutieren. Inwieweit hat die Fair-Handels-Bewegung ihre Ziele erreicht? Müssen diese weiterentwickelt werden? Was muss passieren, damit die Fair-Handels-Bewegung ihren ursprünglichen Visionen näher kommt? Und wie kann sie zu einer sozial-ökologischen Systemveränderung beitragen? Ziel des Kongresses ist es, der Fair-Handels-Bewegung relevante Denkanstöße und Impulse für neue Handlungsoptionen zu geben.
Ort: Erbacher Hof, 55116 Mainz
https://www.forum-fairer-handel.de

WIDERSTAND

Hambacher Wald - die Kettensägen schweigen!!!
Die nächsten Sonntagsspaziergänge 14. Januar, 25. Februar, 18. März 2018

*Das ist ein nicht für möglich gehaltener Erfolg, ein Erfolg ganz vieler Menschen und vielfältiger Aktionsformen. Es gibt eine Welle der Solidarität mit den Waldschützern im Hambacher Wald, immer mehr Menschen kommen in den Wald, bringen Lebensmittel, Wasser und sonstige Unterstützung. Auch der Ansturm bei Waldspaziergängen ist ungebrochen, insgesamt haben bisher 10.717 Teilnehmer*innen bei einer der vielen Führungen im Hambi teilgenommen, Danke dafür!*
Wir haben so viel erreicht: Rodungsstopp, Appell von 52 Firmen und Verbänden zum Kohleausstieg, Presseecho weltweit und wachsende Solidarität. Lasst uns diesen Rückenwind nutzen. Wir haben die einmalige Chance, dem IrRWEg ein Ende zu machen. Verhindert die Rodungssaison 2017/2018, rettet den Rest des Hambacher Waldes!
Info: www.naturfuehrung.com, https://hambacherforst.org/

PROTEST

Der Agrarindustrie die Stirn bieten!
20. Januar 2018 (Berlin)

Am 20. Januar lädt die Bundesregierung zur weltgrößten Agrarmesse »Grüne Woche« Landwirtschaftsminister*innen aus der ganzen Welt nach Berlin ein. Der perfekte Moment für Protest! Während drinnen bei der Agrarministerkonferenz über unser Essen und unsere Landwirtschaft entschieden wird, fordern (die Demonstrierenden) eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft, gesundes Essen, artgerechte Tierhaltung, globale Bauernrechte und fairen Handel! Die Politik muss endlich den Interessen der Menschen folgen, statt Konzernen zu mehr Macht zu verhelfen. Immer mehr Menschen erkennen, dass Essen politisch ist und kaufen saisonal, ökologisch oder direkt bei der Bäuerin. Das zeigt uns: Eine zukunftsfähige Landwirtschaft und gutes Essen für alle sind möglich.
Ort: Berlin Hauptbahnhof
Info: https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/aufruf/

»Frieden statt NATO. Nein zum Krieg«
17. Februar 2018 (München)

Aufruf zur Demonstration gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz 2018! Auf der SIKO vom 16.-18. Februar 2018 treffen sich in München Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Vertreter aus Politik, Militär, Wirtschaft und Rüstungsindustrie, überwiegend aus den NATO-Staaten. Diese Konferenz wird von den Veranstaltern weltweit als Beitrag zur internationalen Sicherheit beworben. Entgegen ihrer Selbstdarstellung geht es aber nicht um die friedliche Lösung von Konflikten oder um die Sicherheit für die Menschen auf der Welt. Stattdessen ist die SIKO ein Forum zur Rechtfertigung der NATO, ihrer Rüstungsausgaben und ihrer völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze, die der Bevölkerung als »humanitäre Interventionen« verkauft werden.
Wenn auf der SIKO über Sicherheit geredet wird, geht es nicht um soziale Sicherheit, wie die Gewährleistung von ausreichender Nahrung, Wasser, Wohnraum, Gesundheit, Bildung, existenzsichernden Einkommen und einer intakten Natur, sondern wie mit militärischer Stärke die wirtschaftliche Vormachtstellung des »Westens« gesichert werden kann.
Ort: Stachus, 80335 München
Info: http://www.sicherheitskonferenz.de

ÖKONOMIE

Kapitalismus am Ende? - Die Zukunft unseres Wirtschaftssystems
18. Januar 2018, 19 Uhr (Braunschweig)

Vortrag und Diskussion mit Ulrike Hermann (taz, Wirtschaftsjournalistin)
Ort: VHS, Alte Waage 15, 38100 Braunschweig
Info: http://www.friedenszentrum.info/index.php/termine-2

KLEINANZEIGEN

MITGRÜNDENDE GESUCHT

Suche motivierte, kunterbunte Menschen von jung bis alt, die zusammen mit mir ein ökologisches Hofprojekt gründen möchten. Nachhaltig, kreativ & selbstbestimmt Raum neu entdecken. Auf 17.000m² Grundstücksfläche im Raum Schaumburg, Niedersachsen austoben. Mit dabei?! Na dann schreibt mir:

mail-an-hof@web.de

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an:
contact@artinweb.de,
www.artinweb.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN — EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail:
arianedettloff@ina-koeln. org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

Kleinanzeigen

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat).
Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat).
(Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

info@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kumpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
✉christoph.chang@riseup.net
Ulrike Kumpe
✉ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
✉bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Böhne
✉kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
✉hilmarkunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
✉info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
✉regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
✉heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
✉ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
✉peter.streiff@netz-bund.de

ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
✉brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉hans.wieser@contraste.org /

SPANIEN:
MADRID:
Eva Sempere
✉layout@contraste.org

FACHREDAKTIONEN

GENOSSENSCHAFTEN:
Burghard Flieger
☎(07 61) 70 90 23
✉genossenschaften@t-online.de

KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:
Regine Beyß
✉gemeinschaften@contraste.org

KLIMA/DEGROWTH
✉klima@contraste.org

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kumpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

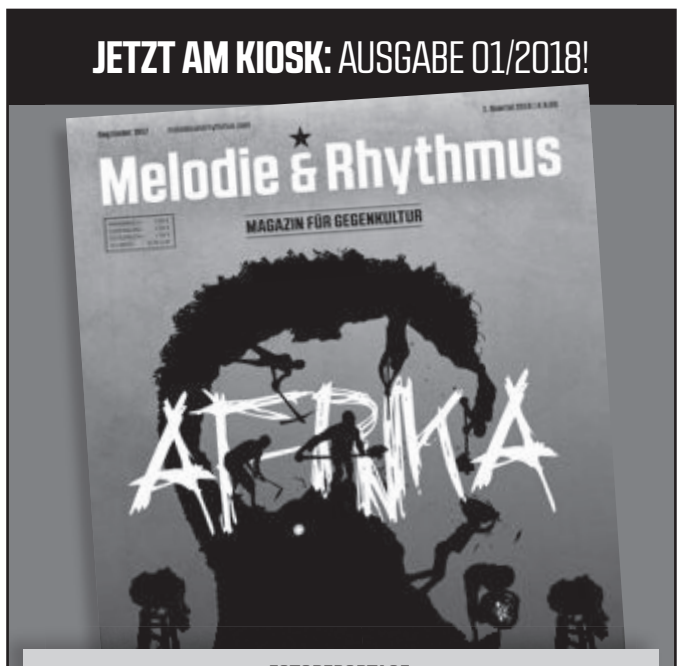
IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉webmaster@contraste.org

KONTAKT
Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook:
www.facebook.com/contrastemonatszeitung
twitter: contraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

JETZT AM KIOSK: AUSGABE 01/2018!



FOTOREPORTAGE:
Steffen Diemer dokumentiert die Lebensverhältnisse in städtischen Notunterkünften
KÜNSTLERKOLUMNE:
Der documenta-Star Ibrahim Mahama kritisiert den Neokolonialismus
PRO & CONTRA:
Fördert das neue MOCAA-Museum in Kapstadt den Ausverkauf afrikanischer Kunst?
SPECIAL-GUEST-REZENSION:
Dietmar Dath über das Manga »Dimension W«
GALERIE:
Anton Kannemeyers Bilder attackieren den Alltagsrassismus in der Sprache des Comics

melodieundrhythmus.com

Geschäftsführer*in gesucht

puk minicar
Personenbeförderung und Kurierdienst GmbH
0551 48 48 48

Die puk minicar GmbH ist seit 1985 als Alternative zum Taxi in Göttingen in der gewerblichen Personenbeförderung tätig und über einen Verein im Besitz der jeweils aktuellen Belegschaft. Zum 31.03.2018 oder früher suchen wir im Rahmen einer Nachfolgeregelung eine*n GmbH-Geschäftsführer*in.
Du bist interessiert und bringst idealerweise Folgendes mit:
- selbstständige und strukturierte Arbeitsweise
- betriebswirtschaftliches Know-How
- juristische Kenntnisse im Arbeits- und Vertragsrecht
- gute Computerkenntnisse
- Führerschein Kl. B und die Voraussetzungen für einen P-Schein
- und nicht zuletzt die Fähigkeit, ein gemischtes Team zu moderieren

dann bewirb dich bei uns.
Nach unserem Selbstverständnis stellen wir das Soziale und das Miteinander in den Vordergrund. Lösungen für die immer wieder auftretenden Probleme des geschäftlichen Alltags und Verbesserungen der betrieblichen Abläufe suchen wir gemeinschaftlich. Eine der wichtigsten Aufgaben wird künftig die Verbesserung der Strukturen insbesondere in der Selbstverwaltung sein.
Wir bieten eine Vollzeitstelle (38 h/Wo) in einer von Enthusiast*innen gegründeten Firma mit ca. 90 hpts. fest angestellten Mitarbeiter*innen.
Das Gehalt richtet sich nach der betriebsüblichen Höhe für eine Verwaltungskraft und beträgt derzeit 2313,- € brutto.
Bewerbungen gerne per E-Mail an job@puk-minicar.de.
Voraussetzung für die Tätigkeit ist der Fachkundenachweis nach § 4 PBZugV (kann nachträglich erbracht werden).

Rüstungsexport

Seit es Rüstungsexporte gibt, wird uns versichert: Man ist stets auf der Hut, dass mit den exportierten Waffen keine Menschenrechte verletzt werden. Man achtet strikt darauf, dass niemand mit den gelieferten deutschen Waffen einen Krieg anfängt. Und Lieferungen in Spannungsgebiete vermeidet man sowieso. Doch warum kaufen die anderen Länder dann Waffen in Deutschland? Warum sind Algerien, Saudi-Arabien, Südkorea die wichtigsten Kunden der deutschen Rüstungskonzerne? Warum werden so viele Lieferungen versteckt in europäischen Gemeinschaftsproduktionen?
Waffen werden exportiert, um Geld zu verdienen. Und Waffen werden gekauft, um sie zu benutzen. Und Rüstungsexporte sind ein Grund dafür, dass Menschen fliehen müssen.

Reinhard Pohl: **Rüstungsexport**
2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**